Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 23. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. November 2010, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Enrico Kiefer, Hanspeter Meyer, Philipp Senn, Sabine Sutter

Traktanden	**Laufnummer**
1. Dringliche Interpellation von Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend neuem Gebührenmodell für den Schwarzkehricht und das Grüngut *Die schriftliche Beantwortung der Interpellation wird vom Stadtrat für die Einwohnerratssitzung vom 15.12.2010 zugesichert.*	2010/143
2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen *://: Wahl der nominierten Ratsmitglieder gemäss Vorschlag SP-Fraktion.*	2010/139
3. Berichte des Stadtrates sowie der Finanzkommission betreffend mittelfristigem Stellenplan, Entwicklungsplan 2011-2015 *://: Dem Gegenantrag der FIKO wird grossmehrheitlich zugestimmt und von der Stellenplan-Bandbreite von 66 – 70 Vollzeitstellen Kenntnis genommen.* *://: Gemäss Anträgen des Stadtrates und der FIKO nimmt der Rat mit grossem Mehr Kenntnis vom Stellenplan 2011-2015.*	2010/112-2 2010/112-2a
4. Bericht der Stadtrates zum Postulat von Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend SBB-Tageskarten Gemeinde *://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat abgeschrieben.*	2009/84 2009/84a
5. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion für eine ökologisch effiziente Strassenbeleuchtung *://: Vom stadrätlichen Bericht zum Postulat wird mit 21 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.* *://: Mit 20 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen nimmt der Rat davon Kenntnis, dass zurzeit keine Einsparungen realisiert werden können.*	2009/85 2009/85a
6. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Fussgängerverkehr auf der Gartenstrasse *://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.*	2010/110 2010/110a
7. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristigen Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal *://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht des Stadtrates zum Postulat und schreibt dieses als erfüllt ab.*	2008/194 2008/194a 2008/194b

://: Dem Antrag, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat bis im Januar 2012 Bericht zur Wirksamkeit der Leistungsvereinbarung Kanton / Stadt Liestal erstatten soll, wird einstimmig zugestimmt.

8. Bericht Stadtrat betreffend Konzept zur Entwicklung des Arbeitsgebiets Oristal 2010/141
://: Die Vorlage wird an die BPK zur Vorberatung überwiesen.

9. Reglement über die Gewährung von Beiträgen im Zusammenhang mit dem Besuch privater Schulen, Teilrevision 2010/142
://: Einstimmig stimmt der Rat der Teilrevision von § 1 Abs. 2 des Reglementes zu.

10. Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Engelsaal 2010/138
://: Vom GPK-Bericht mit den Empfehlungen sowie Verbesserungsvorschlägen wird einstimmig bei einer Gegenstimme Kenntnis genommen und zugestimmt.

11. Berichte des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Sanierung Stufenpumpwerk Burg 2010/126 2010/126a
://: Den Anträgen des Stadtrates und der BPK wird einstimmig zugestimmt und für die Stufenpumpwerk-Sanierung der Investitionskredit von CHF 230'000.- freigegeben.

12. Motion der CVP/EVP/GLP-Fraktion, FDP-Fraktion, Grünen Fraktion, SP-Fraktion und SVP-Fraktion betreffend Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal (Energiesparmotion) 2010/134
://: Die Energiesparmotion wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

13. Postulat von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend ÖV-Anbindung Rosenquartier 2010/135
vertagt

14. Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion betreffend Fassadenrenovation am Törli 2010/136
vertagt

15. Postulat der SP-Fraktion, der Grünen Fraktion und der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Verbleib von Velo-Putz und –Flick-Tag (PUFLI) an Rathausstrasse 2010/137
vertagt

16. Fragestunde -

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Einwohnerratssitzung und heisst speziell Herrn Patrick Mägli (SP) als neues Einwohnerratsmitglied willkommen. Dieser wird dem Rat kurz vorgestellt und dem neuen Einwohnerrat viel Befriedigung im neuen Amt gewünscht.

Zur heutigen Ratssitzung darf erstmals auch der neue Stadtverwalter Benedikt Minzer begrüsst und willkommen geheissen werden.

In einer Antrittsrede richtet Stadtverwalter Benedikt Minzer folgende Worte an die Anwesenden:

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte
Geschätzte Frau Stadtpräsidentin
Geschätze Frau Stadträtin und Herren Stadträte
Sehr geehrter Herr Ratssekretär

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, vor dem Einwohnerrat ein paar Worte zu meinem Stellenantritt sagen zu dürfen.
Vor ein paar Tagen hatte ich in der Zeitung zu lesen, dass „anfangs November der neue Liestaler Stadtverwalter Benedikt Minzer seine Arbeit aufgenommen hat, doch nach dem Willen einer Partei diese Stelle bereits wieder abgeschafft werden wird."
Zahlreiche Fragen stellten sich mir bei dieser Lektüre. Und nachdem heute „Fragestunde" ist, erlaube ich mir, etwas vorwitzig und nicht alles ganz ernst gemeint, die einmalige Gelegenheit zu ergreifen, auch ein paar Fragen in den Raum zu stellen.
Soll der Stadtrat fünf oder sieben Mitglieder zählen? Ist diese Frage eine politische oder eine organisatorische? Ist die politische Beurteilung der Frage, ob ein strategisches Organ sieben oder fünf Mitglieder zählt eine Frage mit betriebswirtschaftlichem Hintergrund?
Ist die Frage, ob eine Stadtverwaltung einen Stadtverwalter hat oder drei Hauptabteilungsleiter inklusive Stadtschreiber eine politische, strategische oder betriebswirtschaftliche?
Ist der Aspekt der Corporate Governance, nämlich dass der Leiter des strategischen Führungsorgans nicht zugleich der Leiter der operativen Ebene ist, auch in einer öffentlichen Verwaltung zu berücksichtigen? Ist das eine politische, eine rechtliche oder eine operative oder nur organisatorische Frage?
Schliesslich stellt sich mir die Frage, welche Fragen ein Stadtverwalter, welcher vom Stadtrat gewählt wurde, um die Verwaltung operativ zu führen, vor dem Einwohnerrat überhaupt stellen darf, ohne dass er seinen operativen Bereich unzulässigerweise und über Gebühr verlässt und die Regeln der Kompetenzabgrenzungen zwischen Legislative und Exekutive verletzt?
Sie sehen, es stellen sich mir bei der abendlichen Lektüre der lokalen Zeitung zahlreiche Fragen, auf deren Beantwortung ich mich aber freue und hoffentlich meinen Teil dazu beitragen kann. Ich freue mich auf eine vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat und seinen Kommissionen.
Herzlichen Dank.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) dankt dem Stadtverwalter für seine Ausführungen und insbesondere für seine Offenheit. In der Zeitung konnte er lesen, dass er gerne Sport treibe und auch historische Romane lese. Ihm wird für die Ausübung seiner Hobbys eine Büchse ISO-Star und auch das Buch „Autobiographische Schriften aus der Jugendzeit" von Carl Spitteler übergeben. Letzteres ist zwar kein Roman, dürfte aber zum Lesen gleichwohl sehr spannend sein. Herrn Minzer wird für eine künftig gute Zusammenarbeit im Voraus der beste Dank ausgesprochen und für die Zukunft alles Gute gewünscht.

Für die letzte Einwohnerratssitzung hatte sich das Ratsmitglied Lorenz Rudin (FDP) entschuldigen lassen, da er mit den Vorbereitungen für seine Hochzeit vom 25. September 2010 beschäftigt war. Dem frisch vermählten Ratsmitglied und seiner Ehefrau wird vom Ratspräsidenten an dieser Stelle nachträglich noch herzlich zur Vermählung gratuliert und für den weiteren Lebensweg die besten Wünsche ausgesprochen.

Stadträtin Marion Schafroth darf heute ihren Geburtstag feiern und hat es sich nicht nehmen lassen, diesen Feiertag zusammen mit allen Einwohnerrats- und Stadtratsmitgliedern zu verbringen. Ihr wird namens der Ratsmitglieder alles Gute zum Geburtstag gewünscht.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 16. November 2010:

- Der BPK-Bericht betreffend dem Entwicklungsplan 2011-2015 (Nr. 2010/112-1) liegt bereits vor, doch wird dieser erst zusammen mit dem noch ausstehenden FIKO-Bericht verschickt.

- Anstelle von Ernst Burkhardt ist das neue Ratsmitglied Patrick Mägli (SP) als ordentliches Mitglied in die GEB-Spezialkommission gewählt worden.

- Terminierung von stadträtlichen Vorlagen: Die Liste mit den Terminen für die stadträtliche Beantwortung pendenter Vorstösse vom 16./17.09.2010 ist in den Fraktionen besprochen worden. Das Büro unterstützt die Fraktionsmeinungen und erwartet folgende Massnahmen: Bei den pendenten und vor allem überfälligen Vorlagen sollten vom Stadtrat in der Liste die noch fehlenden Termine bzw. Erledigungsfristen ergänzt und dann die angegebenen Erledigungsfristen auch eingehalten werden. Das Büro erwartet in diesem Sinne eine ergänzte Pendenzenliste bis zur nächsten Büro-Sitzung vom 09. Dezember 2010.

- Das Büro verzichtet darauf, den Vorschlag für die Berichterstattungen der ER-Fraktionen im Liestal aktuell weiter zu verfolgen. Die Fraktionsmeinungen sowie wichtigsten Gründe, welche zu diesem Entscheid führten, sind im Büroprotokoll vom 18.11.2010 aufgeführt.

- Ebenfalls verzichtet das Büro darauf, weitere Ausnahmeregelungen betreffend der Stellvertretung der Fraktionen an den Bürositzungen weiter zu prüfen.

- Das Jahresschlussessen 2011 findet gemäss Terminplan im Anschluss an die Ratssitzung vom 26. Januar 2011 in der Kulturscheune statt. Die Ratssitzung wird bereits um 16.00 Uhr beginnen. Die Einladungen zu diesem Anlass werden mit dem Versand für die nächste Ratssitzung verschickt.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- neue Vorstösse Nr. 2010/143 und Nr. 2010/144
- Flyer „Weltküche“-Anlass vom 04. Dezember 2010

Fraktionserklärung der Grünen Fraktion

im Zusammenhang mit der Motion der SVP-Fraktion betreffend „Änderung Gemeindeordnung betr. Mitgliederzahl der Stadtratsmitglieder“

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert, dass die Grüne Fraktion eine Fraktionserklärung abgeben möchte, was gemäss § 79 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes möglich ist.

Hanspeter Zumsteg (GL) gibt als Präsident der Grünen Fraktion folgende Fraktionserklärung ab:

Geschätzter Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich möchte ausnahmsweise im Namen der Grünen Fraktion gemäss Art. 79 der einwohnerrätlichen Geschäftsordnung eine Erklärung zur angekündigten Motion der SVP-Fraktion abgeben:
Die Grüne Fraktion macht sich grosse Sorgen um das zukünftige gute Funktionieren und Zusammenarbeiten zwischen dem Stadtrat und der Verwaltung. Gerade jetzt, wo der neue Stadtverwalter seine Arbeit aufgenommen hat, braucht es Zeichen von Stabilität und Vertrauen.
Der hinter den Kulissen zirkulierende Motions-Entwurf der SVP zur Änderung der Gemeindeordnung, mit dem Ziel, die Stadtregierung und die Verwaltung umzukrempeln, ist in diesem Zusammenhang verantwortungslos.
Die SVP hätte mit diesem Vorschlag und Vorstoss während der Vakanz des Stadtverwalterpostens kommen können.
Es ist zudem ein offenes Geheimnis, dass der letzte Stadtverwalter schon nach kurzer Zeit gekündigt hatte, weil sich der Einwohnerrat im Zusammenhang mit dem Budget 2010 viel zu tief in das operative Geschäft eingemischt hatte.
Wir befürchten, dass die Umsetzung einer solchen Motion grossen Schaden anrichten würde. Es wäre angebracht, den Fokus weniger auf die Struktur, sondern mehr auf die Leistungsausweise und Führungsqualitäten in den einzelnen Departementen zu richten.
Darum bringt seine Fraktion folgende Bitte vor: Nehmt Eure Verantwortung wahr und verzichtet auf die Einreichung eines solch unpassenden Vorstosses!

* * * * *

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert den Rat nach der Pause um 18.45 Uhr darüber, dass sich Beat Gränicher (SVP) nach der Fraktionserklärung der Grünen Fraktion zu Wort gemeldet hatte, was das Präsidium aber nicht bemerkte. Er bittet, das Versehen zu entschuldigen. Gemäss Geschäftsreglement können im Anschluss an Fraktionserklärungen noch Fragen gestellt werden.

Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass dort, wo gearbeitet werde, auch Fehler passieren. Er habe einen Fehler gemacht, indem er den Motions-Entwurf mit wenigen Erklärungen an die übrigen Fraktionen verschickt hatte, bevor sich die SVP-Fraktion selbst zum Vorstoss überhaupt äussern konnte. Es ist nicht so, dass alle Mitglieder der SVP-Fraktion diese Motion unterstützen. Die Weiterleitung einer Idee, beziehungsweise eines Vorstosses von einem einzelnen Fraktionsmitglied ohne Absegnen durch die ganze Fraktion würde er heute nicht mehr machen. Er möchte an dieser Stelle auch klar feststellen, dass vom Einwohnerrat und auch vom Stadtrat in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet wurde. Sollte dies mit seinem Mailversand und den Zeitungsberichten falsch rübergekommen sein, so möchte er sich dafür entschuldigen.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf den Bericht in der Basler Zeitung vom 19.11.2010 betreffend der allfälligen Motion der SVP-Fraktion, mit welcher die Aufstockung des Stadtrates verlangt würde. Zu diesem Vorstoss hatte sich vorgängig bereits der Fraktionssprecher der Grünen Fraktion geäussert. In diesem Bericht war unter anderem zu lesen, dass sie als Stadtpräsidentin abtreten würde. Sie möchte an dieser Stelle klar festhalten, dass sie diesbezüglich noch keinen Entscheid gefällt habe. Der betreffende Journalist hatte sie diesbezüglich auch nie kontaktiert. In der BAZ vom vergangenen Samstag ist eine Richtigstellung publiziert worden.
Im Zusammenhang mit der längeren Vakanz der Stadtverwalter-Stelle sei man betreffend dem Jahresprogramm 2011 in Verzug gekommen. Das Jahresprogramm 2011 wird zusammen mit den Unterlagen für die Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2011 verschickt. Dem Rat wird für sein Verständnis gedankt.
Weitere Informationen betreffend der Auslagerung der Stadtpolizei wird sie bei der anschliessenden Behandlung des Postulates Nr. 2008/194 abgeben.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert darüber, dass die Erschliessungsstrassen im Burgunder-Quartier fertig gebaut sind. Diesbezüglich eingegangene Fragen werden von ihm noch in der anschliessenden „Fragestunde“ beantwortet. Wie er kurz vor der Sitzung erfahren habe, konnte die Strasse aber wegen einer Einsprache noch nicht geöffnet werden. Der Feinbelag wird im März/April 2011 noch eingebaut. Dank den 80 neu erschlossenen Bauland-Parzellen rechnet man mit einem Bevölkerungszuwachs von rund 250 bis 300 Personen.
Das bestehende Manor-Gebäude ist von den Investoren käuflich erworben und mit den Bauarbeiten bereits begonnen worden. Aktuell sind Abklärungen betreffend der künftigen Nutzung des alten Manor-Gebäudes im Gange, doch zeichnet sich ein Abbruch des bestehenden Manor’s ab. Derzeitig werden auch Gespräche und Verhandlungen betreffend dem „Durchgang“ mit der kantonalen Denkmalpflege geführt.
Betreffend dem QP Bahnhof 1 hatte heute eine grosse Planungssitzung stattgefunden. Das Submissionsverfahren läuft bereits und es kann von einem Baubeginn im März 2011 und einem Bauabschluss im Dezember 2011 ausgegangen werden.
Erfreulich ist man auch beim QP Ziegelhof unterwegs. So habe man bereits einen kleinen Vorsprung auf den Terminplan und auch die kantonale Denkmalpflege hat grünes Licht betreffend der städtebaulichen Konzeption gegeben.

Stimmenzähler/innen

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass sich die Büromitglieder Philipp Senn (SP) und Sabine Sutter (FDP) für die heutige Sitzung entschuldigen lassen mussten. Das Büro hat beschlossen, dass das neue Büromitglied Peter Stengle (SP) von Sitzungsbeginn an seinen Platz im Ratsbüro einnimmt, jedoch als Stimmenzähler erst nach seiner Wahl in das Büro aktiv wird. Bis zu seiner Wahl in das Ratsbüro wird er von Büromitglied Meret Kaufmann (GL) beim Zählen der Stimmen vertreten.

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- Peter Stengle	1: Seite FDP
- Regula Nebiker	2: Mitte
- Michael Bischof	3: Seite SP, Grüne
- Vreni Wunderlin	4: Büro

Neue persönliche Vorstösse:

- Dringliche Interpellation von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion betreffend neuem Gebührenmodell für den Schwarzkehricht und das Grüngut (Nr. 2010/143)
- Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Synthetisches Eis – neue Perspektiven für den Sport (Nr. 2010/144)

Die Dringlichkeit des Vorstosses Nr. 2010/143 wird bei der Bereinigung der Traktandenliste beraten und beschlossen.

Traktandenliste

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22.09.2010 wegen technischer Probleme im Zusammenhang mit den Tonaufnahmen noch nicht fertig verfasst werden konnte. Auch bei den Landratssitzungen hatte man mit technischen Problemen zu kämpfen. Er konnte sich selbst von der sehr schlechten Qualität der Tonaufnahmen der September-Sitzung überzeugen. Der Ratsschreiber wird einige Votanten betreffend der richtigen Wiedergabe ihrer Aussagen noch kontaktieren müssen. Von der Stadt wurde zwischenzeitlich ein mobiles Tonaufnahmegerät angeschafft, welches parallel die Tonaufnahmen während den Ratssitzungen aufzeichnen wird. Die Genehmigung des Protokolls der letzten Einwohnerratssitzung wird deshalb von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung vom 15.12.2010 nochmals traktandiert.
Das Geschäft „langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei“ wurde als siebtes Traktandum angesetzt, weil man ursprünglich angenommen hatte, dass Stadtpräsidentin Regula Gysin erst später zur Ratssitzung erscheinen kann. Dieser Fall ist nun nicht eingetroffen.

Dringliche Interpellation „Neues Gebührenmodell für den Schwarzkehricht und das Grüngut“ von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion (Nr. 2010/143)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass es für eine sofortige Behandlung von dringlichen Vorstössen einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Einwohnerratsmitglieder bedarf. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich nun betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses zu äussern. Ergänzend wird betreffend dem Vorstoss Nr. 2010/143 festgehalten, dass dieser von der Interpellantin vorgängig der heutigen Sitzung noch unterzeichnet wurde.

Corinne Ruesch (GL) begründet die Dringlichkeit ihres Vorstosses damit, dass die Gebühren betreffend der Abfallentsorgung vom Stadtrat festgelegt werden. Im Zusammenhang mit der Beratung des Voranschlages 2011 an der nächsten Ratssitzung hat hingegen der Einwohnerrat die diesbezüglichen Gebührenerträge zu beschliessen. Richtigerweise müsste das neue Gebührenmodell im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2011-2015 thematisiert werden, doch wird dieser vom Rat erst an der Januar-Sitzung behandelt werden. Mit ihrem dringlichen Vorstoss wird bezweckt, dass die stadträtlichen Informationen betreffend dem neuen Gebührenmodell vorgängig der Budget-Beratung bereits bekannt sind.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass sich keine Fraktionssprecher zur Dringlichkeit der Interpellation äussern möchten.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, der Stadtrat sei der Meinung, dass der Vorstoss nicht dringlich behandelt werden müsse. Sie schlage vor, dass die Interpellation mit den umfangreichen Fragen vom Stadtrat schriftlich bis zur nächsten Ratssitzung vom 15.12.2010 beantwortet wird.

Corinne Ruesch (GL) erklärt, auf die Dringlichkeitserklärung ihres Vorstosses könne verzichtet werden, wenn vom Stadtrat wie versprochen eine schriftliche Antwort bis zur nächsten Einwohnerratssitzung vorgelegt wird.

Hanspeter Stoll (SP) unterstützt die Argumentation der Interpellantin betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses. Im letzten Entwicklungsplan 2010-2014 wurde vom Stadtrat betreffend der Spezialfinanzierung Abfallentsorgung keine Angaben und Aussagen gemacht. Bis heute fehlen auch Informationen betreffend den Auswirkungen des neuen Gebührenmodells auf den Voranschlag 2011. Die Fragen der Interpellantin wurden von dieser in den letzten 3 Jahren mehrmals auch in der FIKO thematisiert. Eine stadträtliche Stellungnahme bis zur nächsten Ratssitzung vom 15.12.2010 ist deshalb dringend und wichtig.

Stadträtin Marion Schafroth gibt auf Anfrage des Ratspräsidenten bekannt, dass der Stadtrat in Abweichung der reglementarischen Bestimmungen des ER-Geschäftsreglementes die schriftliche Antwort zur Interpellation bis zur nächsten Sitzung vom 15.12.2010 vorlegen wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses keine Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden. Nach der Zusicherung des Stadtrates, dass die schriftliche Antwort bis zur nächsten Sitzung vom 15.12.2010 vorliegen wird, und dem Einverständnis der Interpellantin, könne deshalb auf eine Abstimmung betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses verzichtet werden.

202 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2010/139)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass nach den Rücktritten von Raissa Bonjour und Ernst Burkhardt die SP-Fraktion bei der personellen Besetzung in den einwohnerrätlichen Kommissionen Umbesetzungen vornehmen muss.
Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass keine Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden, aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung beantragt und deshalb über die Wahlvorschläge in einem Wahlgang offen abgestimmt werden kann.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Büro (Amtsjahr 2010/2011)
- Peter Stengle (SP) anstelle von Raissa Bonjour als ordentliches Mitglied
- Patrick Mägli (SP) anstelle von Regula Nebiker als Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)
- Christine Mangold (SP) anstelle von Peter Küng als ordentliches Mitglied

Finanzkommission (FIKO)
- Peter Küng (SP) anstelle von Peter Stengle als ordentliches Mitglied
- Regula Nebiker (SP) anstelle von Peter Küng als Ersatzmitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)
- Christine Mangold (SP) anstelle von Raissa Bonjour als Ersatzmitglied

203 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Berichte des Stadtrates sowie der Finanzkommission betreffend mittelfristigem Stellenplan, Entwicklungsplan 2011-2015 (Nr. 2010/112-2, Nr. 2010/112-2a)

Heinz Lerf (FDP) stellt als FIKO-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2010/112-2a) kurz vor: In der Kommissionsberatung kristallisierte sich raus, dass die FIKO künftig im Zusammenhang mit dem Stellenplan von strategischen Diskussionen wegkommen möchte, da für die operative Ebene der Stadtrat verantwortlich zeichnet. Die Kommission wird aber im Zusammenhang mit der Beratung des Entwicklungsplanes 2011-2015 zu einigen Fragen Stellung nahmen, wie sie auf Seite 2 des FIKO-Berichtes aufgeführt sind. Der FIKO-Gegenantrag beruht darauf, dass man im Falle einer „Zustimmung" gemäss stadträtlichem Antrag auch die Stellenbandbreite von 66 – 70 Vollzeitstellen bejahen würde. Somit müssten logischerweise auch die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Gegenantrag mit „Kenntnisnahme" ist etwas abgeschwächter und vor allem weniger verbindlich. Letztendlich wird ja im Rahmen der jährlichen Voranschläge betreffend den Personalkosten entschieden.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt der FIKO für ihr Engagement im Zusammenhang mit der Stellenplan-Vorlage. Aus Sicht des Stadtrates soll die Vorlage eine Auslegeordnung für konstruktive Gespräche im Einwohnerrat und den Dialog mit dem Stadtrat betreffend der strategischen Ausrichtung sein. Es ist deshalb wichtig, dass keine Pauschalaussagen gemacht werden, sondern, dass die einzelnen Tätigkeitsfelder der Verwaltung angeschaut werden. Auch möchte der Stadtrat klar festhalten, dass in all den Dokumenten im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Stellenplan keine versteckten Botschaften enthalten sind. Absicht und Ziel des Dialogs soll es sein, dass der Stadtrat auch Feedbacks betreffend der politischen Marschrichtung erhält. Die Stellen in der Verwaltung ergeben sich durch die Aufgaben und so steht eigentlich nur zur Diskussion, ob die Verwaltung diese selbst erledigen oder ob dafür Dienstleistungen zugekauft werden sollen. Der Stadtrat kann sich dem FIKO-Gegenantrag anschliessen. Beim Stellen-Etat von 66 – 70 Vollstellen sind keine Korrekturen nach unten möglich. Verschiebungen nach oben könnten sich höchstens im Zusammenhang mit der Umsetzung von HarmoS ergeben. Der Entwicklungsplan 2011-2015 hat mit dem Bestandteil Stellenplan sicher eine weitere Qualitätsverbesserung erfahren.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion werde grossmehrheitlich den Gegenantrag der FIKO unterstützen. Die finanziellen Mittel werden vom Einwohnerrat im Zusammenhang mit dem Voranschlag bewilligt. Und so kann der Rat lediglich zur Kenntnis nehmen, in welcher Bandbreite sich die Stellenprozente bewegen. Wie im Kommissionsbericht erwähnt, wird die FIKO im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan beispielsweise auch das Aufgabenportfolio der Verwaltung nochmals thematisieren.

Corinne Ruesch (GL) hält fest, dass man in ihrer Fraktion die Bedeutung der Vorlage „mittelfristiger Stellenplan" diskutiert habe. Mit der stadträtlichen Vorlage nimmt der Einwohnerrat davon Kenntnis, welche Aufgaben mit der Stellenbandbreite von 66 – 70 Stellen erfüllt werden. Es ist sicher nicht Sache des Einwohnerrates, über die Notwendigkeit einzelner Stellen zu befinden, denn vom Einwohnerrat sind lediglich die finanziellen Beiträge im Rahmen des Voranschlages zu beschliessen, welche für die Erfüllung dieser Aufgaben benötigt werden. Auch die Grüne Fraktion wird vom mittelfristigen Stellenplan Kenntnis nehmen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch seine Fraktion werde dem FIKO-Gegenantrag zustimmen, obwohl sie der Bandbreite von 66 – 70 Vollzeitstellen eher ablehnend gegenüberstehe. Der Stadtrat hat einerseits die Organisation der Verwaltung unverzüglich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Anderseits lassen sich die strukturellen Probleme nicht mit der Einführung einer Stellenbandbreite lösen. Die Kompetenz des Einwohnerrates liegt

darin, den Voranschlag zu genehmigen oder abzulehnen. Die einwohnerrätliche Kenntnisnahme vom Stellenplan habe deshalb nicht zugleich eine automatische Zustimmung des Rates betreffend den entsprechenden Budget-Positionen zur Folge. Primär ist es die Aufgabe des Stadtrates, Lösungen auszuarbeiten sowie dem Einwohnerrat Vorschläge zu unterbreiten und nicht umgekehrt.

Hanspeter Stoll (SP) findet es wichtig, dass die Vorlage früh an die FIKO überwiesen wurde. Die SP-Fraktion findet es aber nicht gut, dass der Bestandteil „mittelfristiger Stellenplan" des Entwicklungsplanes 2011-2015 als separate Vorlage im Rat eingespiesen wurde. Der nomale Ablauf ist nicht mehr gegeben, wird doch heute über den mittelfristigen Stellenplan beraten, an der Dezember-Sitzung über den Voranschlag 2011 und erst im Januar 2011 über den gesamten Entwicklungsplan 2011-2015. Über alle personellen Angelegenheiten und somit auch über den Stellenplan hat der Stadtrat zu befinden. Der Einwohnerrat kann nur Entscheide betreffend den finanziellen Mitteln für das Personal fällen. In den letzten fünf Jahren wurde vom Stadtrat der Stellenplan-Etat nicht aufgestockt. Die Zunahme der Personalkosten kann mit der Teuerung und Übernahme zusätzlicher Aufgaben begründet werden. In der Vergangenheit wurden verschiedene Berichte im Zusammenhang mit der Organisation und den Strukturen der Verwaltung erarbeitet. Liestal hatte mit einem Stadtpräsidium im Vollamt noch 60 Millionen Schulden. Heute sind es noch 25 Millionen Schulden und die Motion Fluri dürfte im Jahre 2015 erfüllt sein. Vom Einwohnerrat ist im Jahre 2009 die einzige Leistung erbracht worden, indem man die Steuer-Reduktion von einem Prozent beschlossen hatte, was jährlichen Mindereinnahmen von rund 400'000 Franken entspricht. Es wird deshalb nicht verstanden, dass aktuell mit dem Stadtrat über einzelne Stellen diskutiert wird, da dieselben doch massgebend zur Gesundung der Gemeindefinanzen beigetragen haben. Die Legislative kann deshalb an der heutigen Sitzung vom mittelfristigen Stellenplan nur Kenntnis nehmen, die einwohnerrätliche Einflussnahme ist erst im Zusammenhang mit dem Budget möglich, welches auf die nächste Ratssitzung traktandiert wird. Im Zusammenhang mit den Personalkosten sollten deshalb an der nächsten Budget-Sitzung keine Neuerungen mehr thematisiert werden, sollte der Rat an der heutigen Sitzung vom Stellenplan Kenntnis nehmen.

Paul Pfaff (SVP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und meint, es wäre doch etwas zu einfach, wenn man heute die Schuldigen und/oder die Lieben und Bösen betreffend den gemachten und zwischenzeitlich abgebauten Schulden definieren könnte. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag betreffend dem mittelfristigen Stellenplan zustimmen. Sicher wird der Stellenplan auch wieder im Zusammenhang mit der Budget-Beratung ein Thema sein. Für die Zukunft ist es wichtig, dass sich Liestal im Zusammenhang mit den anstehenden Schulhausbauten-Sanierungen und weiteren Investitionen nicht weiter verschuldet.

Regula Nebiker (SP) erklärt, beim Lesen des FIKO-Berichtes sei sie etwas enttäuscht gewesen und auch heute werde nur um den heissen Brei herum geredet. Sie habe das Gefühl, dass in der FIKO die finanzpolitische Diskussion vermieden und von dieser der Stellenplan auch nicht diskutiert wurde, obwohl die Vorlage vor einem halben Jahr überwiesen wurde. Auch der FIKO-Bericht zum Entwicklungsplan 2011-2015 liegt erst für die Januar-Sitzung vor, und so ist zu erwarten, dass bei der Budget-Beratung vom Dezember wieder überfallartig irgendwelche Änderungen betreffend den Personalkosten beschlossen werden. Betreffend den Finanzpolitik-Diskussionen habe sie die Vorstellung, dass der Einwohnerrat einmal mehr die Lösung mit Stellenplan-Diskussionen zu finden versucht, was schlussendlich in finanzieller Hinsicht nicht unbedingt erfolgsversprechend sein dürfte. Sie bedaure, dass diesbezüglich keine FIKO-Diskussion stattgefunden hatte und nun diese Themen im Parlament thematisiert werden. Hoffentlich wird sich die letztjährige Budget-Debatte nicht wiederholen, indem mit der Gutheissung von Einzelanträgen die Arbeiten der vorberatenden Kommissionen über den Haufen geworfen werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum der Vorrednerin betreffend den fehlenden FIKO-Diskussionen. Die Personalkosten haben eine zentrale Position betreffend der finanziellen Entwicklung Liestals, da diese mit Abstand die grösste Ausgabenposition sind. Liestal ist eine reiche Gemeinde und zahlt mit seinem hohen Steuersubstrat auch an den Finanzausgleich. Der hohe Steuersatz von Liestal sprengt aber auch jegliche Vernunft beim Vergleich mit anderen Gemeinden. Mit dem Nachholbedarf von 13 Millionen Franken bei den Schulhäusern hält man sich formell an die Motion Fluri, doch wirtschaftlich gesehen führen solche Verschuldungen zu keinen positiven Rechnungsabschlüssen. Der finanzielle Spielraum in Liestal wird immer kleiner, da unsere Verwaltung schlichtweg zu teuer ist. Man wird nicht darum kommen, eine Verwaltungssparübung zu machen. Es müssen Überlegungen angestellt werden, wo man in der Verwaltung überhaupt sparen könnte, ohne dass man auch gleich die Leistungen abbaut. Die Strukturen, Leerläufe und Aufgaben sollten überprüft und Massnahmen in die Wege geleitet werden. Bei diesen Sparübungen wird man aber nicht um das Thema Stellenplan herumkommen. Er regt an und macht dem Stadtrat beliebt, seine Führungsfunktion auch wirklich wahrzunehmen, indem er eine Sparübung vornimmt, mit welcher eine Kostensenkung von rund 20 Prozent in der Verwaltung erzielen könnte.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die interessanten Voten, und meint, einzelne Aussagen müssten etwas differenzierter betrachtet werden. In den letzten Jahren wurden die Verwaltungskosten zusammengestellt und beispielsweise im Entwicklungsplan aufgezeigt. Gemäss Vorschlag des Vorredners würde eine Einsparung von 20 Prozent rund 12 Stellen entsprechen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass im ausgewiesenen finanziellen Personalaufwand beispielsweise auch die Stellen im Bildungsbereich enthalten sind, bei welchen der Kanton das Sagen hat. Beim zu führenden Dialog müsse man sich deshalb auch darauf einigen, von welchen Zahlen man überhaupt spreche. Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen Sparübungen, doch sollte dabei auf gegenseitige Anwürfe verzichtet werden. In der FIKO wurden interessante Fragen betreffend den Strukturen diskutiert, welche auch gute Ansätze für weitere Diskussionen und Abklärungen sein dürften. Auch frühere Analysen oder beispielsweise der Gysin-Bericht hatten gezeigt, dass mögliche Sparmassnahmen auch beim Sachaufwand unwesentlich sind und nicht zum Erfolg führen. Diesbezügliche Erfahrungen konnte er bereits als früherer FIKO-Präsident machen. Natürlich wäre ein möglicher Ansatz, dass man beispielsweise die Aufgaben-Erfüllung durch Externe prüfen würde. Für solche Abklärungen ist aber verwaltungsintern genügend Knowhow vorhanden und es müssen dafür keine externen Spezialisten beigezogen werden.

Hanspeter Stoll (SP) informiert, dass Ratsmitglied Michael Bischof der FDP-Fraktion mit einem konstruktiven Vorstoss vor Jahren die Plafonierung der Personalkosten auf 19,5 – 20,0 Mio. Franken verlangt hatte. Der Einwohnerrat hatte diesem Vorstoss zugestimmt und der Stadtrat hatte sich auch daran gehalten, denn die Personalkosten sind nicht explodiert und die Mehrkosten können mit der Teuerung begründet werden. Der von Ratsmitglied Gerhard Schafroth unterbreitete Vorschlag ist nicht loyal, wenn man weiss, dass dieser nur an der einen FIKO-Sitzung präsent war und er an dieser frühere Kommissionsentscheide wieder umkrempeln wollte. Er ruft diesen auf, sich künftig besser vorzubereiten, wird er dies bei seinen Auftritten in der „Arena“ auch machen dürfte.

Corinne Ruesch (GL) erklärt, dass sich die Befürchtungen von Regula Nebiker bereits mit den vorherigen Voten bewahrheitet haben dürften. Es wurden bereits Vorschläge dem Parlament unterbreitet, welche doch zuallererst in der FIKO diskutiert werden sollten. Schon in der letztjährigen Budget-Debatte wurde nur anhand von Prozentzahlen beraten und entschieden, ohne konkret zu thematisieren, welche Auswirkungen die Budgetkürzungen auf die Aufgaben und verschiedenen Bereiche haben dürften. Es liegt in der Verantwortung der FIKO, über Aufgaben zu diskutieren, und sich darüber bewusst zu werden, wo und wie viel gegebenenfalls eingespart werden sollte. Betreffend der vorgängig erwähnten Neuverschuldung sei festgehalten, dass vom Stadtrat lediglich die bereits bestehenden Schulden offen dargelegt werden.

Michael Bischof (FDP) dankt den Vorrednern für die Würdigung früherer konstruktiver Vorstösse, welche zur Gesundung der Gemeindefinanzen beigetragen hatten. Er selbst könne dem FIKO-Gegenantrag nicht zustimmen. Denn Entscheide betreffend der Kenntnisnahme und/oder Zustimmung von Stellenbandbreiten sind zu wenig verbindlich. Der richtige Ansatz dürfte einzig bei der Festlegung von Kostendächern liegen, welche vom Einwohnerrat festgelegt würden. Es wäre dann auch Sache des Stadtrates, die operative Führung im Rahmen des bewilligten Kredites wahrzunehmen und sich mit der Überprüfung von Strukturen, von Aufgaben usw. auseinanderzusetzen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

://: Dem Gegenantrag der FIKO wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen zugestimmt und von der Stellenplan-Bandbreite für die Stadtverwaltung als Basis für die jährliche Budgetierung von 66 – 70 Vollzeitstellen Kenntnis genommen.

://: Den Anträgen des Stadtrates und der FIKO wird mit grossem Mehr zugestimmt und vom Stellenplan 2011-2015 Kenntnis genommen.

204 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend SBB-Tageskarten Gemeinde (Nr. 2009/84, Nr. 2009/84a)

Stadtrat Peter Rohrbach macht auf Anfrage des Ratspräsidenten folgende Ergänzungen zum schriftlich vorliegenden Bericht gemäss Vorlage Nr. 2009/84a: Bisher machte der Anteil an Auswärtigen, welche SBB-Tageskarten in Liestal bezogen hatten, rund 1/6 aus. Diese fallen als Bezüger künftig weg und die weitere Entwicklung betreffend den Anfragen und dem Bedarf an SBB-Tageskarten muss abgewartet und gegebenenfalls reagiert werden. Die Bestellung und der Kauf von Tageskarten über das Internet dürfte ein geeignetes Pilotprojekt für die Verwaltung sein.

Martin Spiess (FDP) dankt als Postulant für die stadträtlichen Antworten. Er habe zwar die Aufstockung auf 8 Tageskarten verlangt, doch dürften 6 Tageskarten gegebenenfalls auch genügen, da diese gemäss den neuen Bedingungen der SBB nicht mehr von Auswärtigen bezogen werden dürfen. Bei der vorgemerkten Verkaufspreiserhöhung von CHF 33.-- auf neu CHF 35.-- pro Tageskarte sollten noch die diesbezüglichen Entscheide der umliegenden Gemeinden abgewartet und gegebenenfalls angepasst und erhöht werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Anschaffung zusätzlicher Tageskarten, doch sollten diese auch weiterhin an Auswärtige abgegeben werden. Die Karten sollten auch mindestens zwei Tage vor dem Nutzungstag bezogen werden müssen. Eine Preisanpassung macht Sinn, doch sollten möglichst alle Karten verkauft werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2009/84 abgeschrieben.

205 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion für eine ökologisch effiziente Strassenbeleuchtung (Nr. 2009/85, Nr. 2009/85a)

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass der stadträtliche Bericht doch recht technisch sei. Die weitere Entwicklung der LED-Lampen sollte noch abgewartet werden. Das Primat möchte der Stadtrat der Qualität und nicht der Quantität zuschreiben, weshalb aktuell auch nur bei defekten Lampen der Austausch mit LED-Lampen vorgenommen wird.

Erika Eichenberger (GL) dankt dem Stadtrat als Postulantin für die umfassende Beantwortung ihres Vorstosses. Der Vorlage kann entnommen werden, dass der Stadtrat gewillt ist, die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Von der Energiestadt Liestal mit seiner Energiekommission hätte sie aber doch etwas mehr Innovation erwartet. Enttäuscht muss sie zur Kenntnis nehmen, dass auch hier der Wille fehlt, in Sachen Energiepolitik ein Zeichen setzen zu wollen. Ein Abwarten der rasanten Entwicklung in Sachen LED-Lampen macht Sinn, doch sollte jährlich überprüft werden, ob nicht flächendeckend alle Strassenlampen auf LED-Lampen umgerüstet werden sollten und dies unter Berücksichtigung des Preis- und Leistungsverhältnisses. Die LED-Lampenpreise werden sinken und die Einsparungen werden sich wegen den steigenden Strompreisen immer mehr rechnen lassen. Sie erwarte, dass man zumindest bei neuen Strassenbauten als Pilotprojekt die neue LED-Technik ausprobieren würde. Der vom Stadtrat bezifferte Betrag für mögliche Kosteneinsparungen wird bezweifelt und diese dürfte vermutlich auch nicht von der Energiekommission gestützt werden. Eine optimale Steuerung der Lichtstärke und Brenndauer der Lampen wäre mit dem Einbau von Sensoren schon heute möglich, was zu wesentlichen Kosteneinsparungen führen dürfte. Das Elektrizitätswerk Zürich schaltet beispielsweise von 01.00 Uhr bis 05.00 Uhr morgens rund 90 Prozent der Lampen gänzlich ab, was zu markanten Strom- und Kosteneinsparungen führt, ohne dass dies in der Bevölkerung auf Kritik stösst. Warum sind solche Massnahmen nicht geprüft worden? Das Postulat soll deshalb noch nicht abgeschrieben und der Stadtrat damit beauftragt werden, weitere Möglichkeiten zur Strom- und Kosteneinsparung zu prüfen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, Licht bringe der Bevölkerung auch mehr Sicherheit und dürfte auch auf lichtscheue Wesen im öffentlichen Raum seine Wirkung haben. Bei dieser Gelegenheit möchte er den Wunsch zu Händen der Betriebe vorbringen, dass diese etwas rigoroser die Bäume und Sträucher zurückschneiden, damit die Ausleuchtung der Strassenlampen wegen Schattenwurf nicht behindert wird. Dem adäquaten Umgang mit den Steuergeldern ist auch im Zusammenhang mit der Erneuerung der Strassenbeleuchtung die gebührende Beachtung zu schenken. Dem Stadtrat wird für die objektive Prüfung des Postulates gedankt. Seine Fraktion wird die beiden stadträtlichen Anträge vorbehaltlos unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion wird den beiden stadträtlichen Anträgen zustimmen. Die LED-Technologie ist zwar die Zukunft, doch kämpft man immer noch mit Qualitätsmängeln, weshalb ein Vorprellen und Forcieren auch keinen Sinn mache. In Zürich wurde gar eine Weihnachtsbeleuchtung mit LED-Lampen wieder durch konventionelle Lampen ersetzt, da diese den Wünschen und Anforderungen nicht entsprochen hatte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum von Hans Rudolf Schafroth, denn bei zugewachsenen Strassenlampen nützt weder die eine noch andere Lampe etwas.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) unterstützt den Vorschlag des Stadtrates, dass ein Lampenaustausch nur bei defekten Lampen vorgenommen und der Austausch mit LED-Lampen nicht forciert werden sollte. Die Giftigkeit der Lampen ist nicht unbedeutend und so müsste bei den weiteren Abklärungen insbesondere auch der Entsorgung der Lampen die gebührende Beachtung geschenkt werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2009/85 als erfüllt abgeschrieben.

://: Mit 20 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen nimmt der Einwohnerrat davon Kenntnis, dass zurzeit keine Einsparungen realisiert werden können.

206 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Fussgängerverkehr auf der Gartenstrasse (Nr. 2010/110, Nr. 2010/110a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt nach Anfrage fest, dass vom Stadtrat keine Ergänzungen zu dessen schriftlichen Antwort gemäss Vorlage Nr. 2010/110a gemacht werden.

Michael Bischof (FDP) bedankt sich als Postulant beim Stadtrat für die rasche Beantwortung seines Vorstosses sowie Umsetzung der baulichen Massnahmen. Einziger Wermutstropfen ist die Tatsache, dass auf dem Mergelweg eine relativ dicke Kiesschicht eingebracht wurde. Dies ist vor allem für Passanten mit Kinderwagen usw. mit kleinen Rädern problematisch.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen.

://: Einstimmig wird vom Einwohnerrat das Postulat Nr. 2010/110 als erfüllt abgeschrieben.

207 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristigen Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal (Nr. 2008/194, Nr. 2008/194a, Nr. 2008/194b)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert, Einwohnerrat John Brunner (SVP) habe ihm unmittelbar nach Bekanntwerden der Traktandenliste mitgeteilt, dass er bei diesem Geschäft in den Ausstand trete, da er als Stadtpolizist gemäss Art. 8 des ER-Geschäftsreglementes unmittelbar betroffen ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin verweist auf den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2008/194b und macht folgende Ergänzungen: Eigentlich wollte sie den Einwohnerrat bereits an der Oktober-Sitzung über die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton informieren, da diese aber abgesagt wurde, ist dies erst heute möglich. Die Medienmitteilung vom 10.11.2010 ist auch dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht worden.
In der Kantonshauptstadt Liestal finden sehr viele Veranstaltungen statt und wegen dem umfangreichen Schulangebot halten sich auch viele Jugendliche in Liestal auf. Der Bedarf an zusätzlichen Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung ist klar vorhanden und steigt stetig an. Damit die Stadt Liestal den Sicherheitsbedürfnissen rund um die Uhr gerecht werden kann, wäre ein Bedarf an sieben ausgebildeten Polizisten vorhanden. Folglich wurden vom Stadtrat andere Varianten wie Aufgabenverschiebungen, die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und die bezirksweise Organisation des Polizeiwesens geprüft. Die Integration der Stadtpolizei Liestal in die Kantonspolizei Basel-Landschaft ist das erste Projekt, welches so umgesetzt wird. Auch die Gemeinden Lausen und Oberwil kaufen mit Leistungsvereinbarung die Dienstleistungen der Kantonspolizei ein, jedoch verfügen diese beiden Gemeinden über keine eigene Gemeindepolizei. In Liestal werden die Herren René Nebel und John Brunner als ausgebildete Kantonspolizisten von der Stadtpolizei Liestal mit Wirkung ab 01. Januar 2011 in das Korps der Kantonspolizei BL überführt. Die beiden Stadtpolizisten werden mit den gleichen Kompetenzen wie die übrigen Kantonspolizisten ausgerüstet und entsprechend nachgeschult. Die beiden Stadtpolizisten werden weiterhin ihre Aufgaben grossmehrheitlich in Liestal erfüllen, werden aber beispielsweise bei Grossereignissen des Kantons ebenfalls mit einbezogen. Im Gegenzug kauft die Stadt Liestal beim Kanton 3500 Stunden zusätzlich ein. Dies hat zur Folge, dass bei Vorkommnissen in der Nacht, beim Bahnhof, Verkehrsunfällen usw. die Kantonspolizei-Leistungen eingekauft werden. Ziel ist es, dass Liestal künftig draussen über eine vermehrte Polizeipräsenz verfügt. Mit dem zweijährigen Pilotprojekt der Stadt Liestal und der Sicherheitsdirektion des Kantons Baselland sind folgende Ziele verbunden: Die Optimierung von Polizeieinsätzen im Stadtgebiet; die zwei Stadtpolizisten sind weiterhin Ansprecherpersonen für Liestal, welche in einem Liestaler-Team in der Gutsmatte einquartiert sind; der Abbau von Schnittstellen und die Nutzung von Synergien. Zu den Leistungsinhalten gibt es auch Wirkungs- und Messkriterien, welche laufend überprüft werden. Die 3500 Stunden setzen sich aus 1200 Stunden für Präventionsarbeiten im öffentlichen Raum, 450 Stunden für Amtshilfen zu Gunsten der Stadt Liestal, 1100 Stunden für Kontrollen des ruhenden und fahrenden Verkehrs ohne Geschwindigkeitskontrollen, 200 Stunden für Geschwindigkeitskontrollen inkl. administrativem Aufwand sowie 300 Stunden für die Schulwegüberwachung zusammen. Entgegen anderslautenden Aussagen wird es auch künftig Parkbussen in Liestal geben. Während der zweijährigen Pilotphase bleiben die zwei Stadtpolizisten weiterhin bei der Stadt Liestal angestellt und auch das Material wird den Eigentümer nicht wechseln. Weiterhin wird ein voll ausgerüsteter Arbeitsplatz im Rathaus vorhanden sein. Das Fundbüro wird anfangs 2011 ebenfalls in die Gutsmatte gezügelt. Mit dem Pilotprojekt kann die Sicherheit optimiert und Einsätze anders koordiniert werden. Bisher musste beispielsweise die Stadtpolizei bei Nachtlärm ausrücken, wobei diese dann an Ort häusliche Gewalt feststellte. Zuständigkeitshalber musste von dieser dann die Kantonspolizei aufgeboten werden. Und bei einer kürzlichen Auffahrtskollision wurde das Fahrzeug der Stadtpolizei beschädigt, wobei für die Schadenaufnahme von der Stadtpolizei die Kantonspolizei aufge-

boten werden musste. Man ist deshalb davon überzeugt, dass mit dem Abbau von Schnittstellen direkte Abläufe im Interesse der Bevölkerung stattfinden können. Die Bussenerträge bei Geschwindigkeitskontrollen auf Gemeindestrassen fliessen in die Stadtkasse und diejenigen Einnahmen bei Kantonsstrassen an den Kanton. Mit diesen ergänzenden Ausführungen sollten die Fragen des Postulanten beantwortet sein.

Daniel Spinnler (FDP) dankt als Postulant für die Beantwortung seines Vorstosses. Soeben habe er von der Stadtpräsidentin sehr viele Informationen erhalten, welche er eigentlich im Bericht erwartet hätte. Der Pilotversuch ist sicher keine schlechte Lösung, doch müssen die Auswertungen und Folgen abgewartet werden. Die Personalkosten erfahren trotz vermehrter Polizeipräsenz keine Änderungen, doch wird gemäss Auskunft des Finanzchefs gegenüber der FIKO im Voranschlag 2011 mit Mindereinnahmen von 140'000 Franken an Bussengeldern gerechnet. Mit den zusätzlichen 3500 Polizei-Stunden darf schlussendlich doch von einem Leistungsgewinn gesprochen werden. In der heutigen Situation macht es keinen Sinn mehr, das Postulat stehen zu lassen. Sein Postulat vom 15. Januar 2008 ist vom Einwohnerrat an der Ratssitzung vom 21. Mai 2008 an den Stadtrat überwiesen worden und mit der stadträtlichen Vorlage Nr. 2008/194b zumindest teilweise beantwortet worden. Nach rund 2 ½ Jahren wird der Einwohnerrat betreffend dem Pilotprojekt vor Tatsachen gestellt. Es wäre vielleicht gut gewesen, hätte man den Einwohnerrat vorgängig informiert, damit dieser zu den stadträtlichen Absichten auch hätte Stellung nehmen können. Er kann sich mit der Abschreibung des Postulates einverstanden erklären, jedoch stelle er den Antrag, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat in einem Jahr betreffend dem Funktionieren des Pilotprojektes Bericht erstatte.

Peter Küng (SP) erklärt, auch in seiner Fraktion sei man betreffend dem politischen Prozess konsterniert gewesen, denn erst bei der Sichtung des Voranschlages 2011 erfuhr man davon, dass zwei Stadtpolizisten ausgelagert werden sollen. Mit dem stadträtlichen Zwischenbericht vom Oktober 2008 wurden die Varianten Mini, Midi und Maxi vorgestellt. Vom Stadtrat wurde auch zugesichert, dass der Einwohnerrat bei den diesbezüglichen Entscheiden mit einbezogen werde, was jedoch nicht der Fall war. Seine Fraktion wollte eigentlich vor einer Abschreibung des Postulates die Auswirkungen des Pilotprojektes sehen und Bilanz ziehen, wird jedoch davon absehen, da mit dem Antrag des Postulanten das Ziel auch erreicht wird.

Erika Eichenberger (GL) bemerkt, dass auch die vom Stadtrat vor zwei Jahren vorgestellte Variante „Mini“ nicht gerade zu Begeisterungsstürmen geführt habe. Trotz der überraschenden Wende sei man eigentlich froh über den Pilotversuch des Kantons und der Stadt. Dem Zusatzantrag des Postulanten und dem Antrag für die Abschreibung des Postulates wird zugestimmt.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) findet, dass der Stadtrat eine gute Lösung getroffen habe. Mit der vermehrten Polizei-Präsenz wird in der Bevölkerung das Gefühl einer besseren Sicherheit bestimmt vermehrt vorhanden sein. Die Überführung des Pilotprojektes in zwei Jahren in ein Definitivum kann nach Vorliegen des beantragten Zwischenberichtes dann auch konkret in Angriff genommen werden. Der Antrag des Postulanten wird von ihrer Fraktion unterstützt und das Postulat soll demnach auch abgeschrieben werden.

Dieter Epple (SVP) führt aus, dass es auch die SVP-Fraktion bedaure, dass der Einwohnerrat so spät informiert und mit der stadträtlichen Vorlage einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Der nun schriftlich vorliegende Antrag von Postulant Daniel Spinnler (FDP) wird verlesen: *Der Stadtrat erstellt bis Januar 2012 Bericht zur Wirksamkeit der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Basel-Landschaft wie bspw. Anzahl Kontrollen, Kosten etc.*

://: Dem Zusatzantrag von Postulant Daniel Spinnler (FDP) wird einstimmig zugestimmt: Der Stadtrat hat dem Einwohnerrat bis Januar 2010 Bericht zur Wirksamkeit der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Basel-Landschaft zu erstatten.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2008/194b.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2008/194 als erfüllt abgeschrieben.

208 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Bericht Stadtrat betreffend „Konzept zur Entwicklung des Arbeitsgebiets Oristal“ (Nr. 2010/141)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass das Büro den Vorschlag des Stadtrates unterstütze und dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) beantrage.

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, der Auslöser und die Motivation für die Ausarbeitung des vorliegenden Konzeptes sei die letzte Ortsplanungsrevision gewesen, bei welcher in der BPK festgestellt wurde, dass Liestal über zu wenige Arbeitsgebiete und zusammenhängende Gewerbe- und Industriezonen verfüge. Im Zusammenhang mit der Quartierplanung Hanro ist von Franz Kaufmann (SP) auch das Postulat Nr. 2010/2008 betreffend der Schaffung von Raum für Gewerbe, Jungunternehmer und Kulturschaffende eingereicht worden. Bei den Abklärungen im Zusammenhang mit der Arbeitsgebiet-Entwicklung im Oristal hatte man aber diesbezüglich einen Schiffbruch erlitten, da nur gerade freie Räume mit einer Gesamtfläche von rund 175 m2 für diese Zwecke vorhanden sind. Mit dem Konzept werden keine zonenplanrechtlichen Änderungen beschlossen, dieses könnte höchstens behördenverbindlich in Form eines kleinen Richtplanes sein.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, seine Fraktion werde der Überweisung an die BPK zustimmen.

Franz Kaufmann (SP) sagt, auf den ersten Blick sei ein Zusammenhang seines Postulates Nr. 2010/2008 mit dem vorliegenden Konzept nicht gegeben. Vor kurzer Zeit musste eine Metallbaufirma vom Bücheli ins Oristal ausgelagert werden. Dafür wurde eine eingeschossige Werk- und Montagehalle erstellt. Sollte aber neu an der gleichen Stelle ein zehngeschössiges Bürogebäude erstellt werden können, so dürften die Landpreise so ansteigen, dass sich wohl nie mehr eine kleine Handwerkerfirma eine Niederlassung im Oristal leisten kann. Diese und ähnliche andere Folgen sollen aber in der BPK diskutiert werden.

Lorenz Rudin (FDP) orientiert, auch seine Fraktion spreche sich für eine Überweisung an die BPK aus. Wichtig ist, dass die Oristal-Entwicklung mit den bereits vorhandenen Gegebenheiten harmonisieren werde. Dies insbesondere mit den speziellen Bedürfnissen der Chemiefabrik im Oristal. Auch die planerischen Rahmenbedingungen müssen überprüft werden. So stellt sich beispielsweise die Frage, ob es Sinn macht, dass Hochhäuser erstellt werden dürfen, doch 2/3 der Parzelle unbebaut bleiben müssen. Auch müsste in der BPK der Frage betreffend der Behördenverbindlichkeit des Konzeptes die gebührende Beachtung geschenkt werden.

Paul Pfaff (SVP) teilt mit, auch er sei beim Durchlesen der stadträtlichen Vorlage etwas erschrocken. Wie bereits von Vorredner Franz Kaufmann festgestellt wurde, sollten eher Zonen für Kleingewerbler-Betriebe geschaffen werden. Seine Fraktion wird einer Überweisung der Vorlage an die BPK ebenfalls zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) gratuliert dem Stadtrat zu seinem Entscheid, wurde doch im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision auch eine Rückzonung des Oristalgebietes in Erwägung gezogen. Denn wäre dieser Fall eingetroffen, so hätten sich die vorgängig erwähnte Metallbaufirma und weitere KMU-Betriebe nicht im Oristal niederlassen können. Der Abfluss von Gewerbebetrieben in die umliegenden Gemeinden ist feststellbar, da sich diese in Liestal nicht wunschgemäss entwickeln können. Die Überprüfung von visionären und kreativen Ideen gemäss Konzeptvorschlag durch die BPK macht Sinn.

Hanspeter Zumsteg (GL) bemerkt, auch seine Fraktion unterstütze den Antrag für die Überweisung der Vorlage an die BPK.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2010/141 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

209 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Reglement über die Gewährung von Beiträgen im Zusammenhang mit dem Besuch privater Schulen (Privatschulbeiträge-Reglement); Teilrevision (Nr. 2010/142)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass das Büro dem Rat die Direktberatung der Vorlage vorschlägt, da die formelle Reglementsanpassung an das neue Bildungsgesetz nur gerade bei einem Paragraphen des Privatschulbeiträge-Reglements nötig ist.

Martin Spiess (FDP) nimmt Bezug auf die stadträtliche Vorlage und führt aus, dass sich in der Vorlage auf Seite 2/3 ein Fehler eingeschlichen hat: Das Wort „die“ betreffend der Primarschule in § 1 Abs. 2 ist zu streichen. Der Text im Anhang zur Vorlage bzw. im neuen Reglement ist richtig. Die FDP-Fraktion ist für eine Direktberatung der Reglementsänderung.

Corinne Ruesch (GL) erklärt, ihre Fraktion werde der Reglementsänderung zustimmen und ist für eine Direktberatung. Die Vorlage beweist, dass im Stadtrat das Bewusstsein für das Sparen und auch die Kontrollen betreffend finanziellen Aufwendungen, welche nicht mehr gerechtfertigt sind, vorhanden sind.

Regula Nebiker (SP) bemerkt, auch ihre Fraktion werde dem stadträtlichen Antrag zustimmen und spreche sich für eine Direktberatung aus.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass dem stadträtlichen Antrag auch ihre Fraktion zustimmen werde.

Andreas Lirgg (SVP) teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion dem Stadtratsantrag zustimmen werde.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass vom Stadtrat keine Ergänzungen zum Geschäft gemacht und auch aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat der Teilrevision von § 1 Abs. 2 des Reglements über die Gewährung von Beiträgen im Zusammenhang mit dem Besuch privater Schulen gemäss Anhang zur Einwohnerrats-Vorlage Nr. 2010/142 (Reglement neu) zu.

210 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Engelsaal (Nr. 2010/138)

Dieter Epple (SVP) nimmt Bezug auf den GPK-Bericht und hält als Kommissionspräsident folgende Punkte ergänzend fest: Zusätzliche Angaben zum Bericht werde er keine machen, stehe aber bei Fragen aus dem Rat zum Bericht gerne zur Verfügung. Die unter Punkt 7 des Berichtes gemachten Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge wird die GPK pendent halten und diesbezüglich zur gegebenen Zeit wieder beim Stadtrat zurückfragen.

Stadtrat Lukas Ott erklärt, dass der Stadtrat zum Bericht keine Erklärungen abzugeben habe.

Peter Küng (SP) bemerkt, die Engel-Geschichte sei mit dem GPK-Bericht nochmals sachlich aufgerollt worden. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass damit angesichts der gespannten Finanzlage das Geschäft Engelsaal noch nicht gegessen sein dürfte. Vom Stadtrat muss die Einseitigkeit von bestehenden Unterverträgen prioritär behandelt und die Empfehlungen offensiv entgegengenommen werden. Könnte er beispielsweise wie die EKG Hotel AG dieselben Verträge für sein eigenes Geschäft abschliessen, würde dies beispielsweise im Vergleich heissen, dass er die Stadt jährlich mit 100 Pullovern beliefern könnte, welche von den Steuerzahlern subventioniert würden. Wer handelt die Miet-Gebühren aus und wie kann der Stadtrat Einfluss nehmen betreffend der Gebührenhöhe? Der Stadtrat wird zur Aufnahme der Verhandlungen aufgefordert. Dies mit dem Ziel, dass die Mietzinskonditionen zu Gunsten der Stadt und auch Konsumationsverpflichtungen der Vereine verbessert werden können. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK, und meint, dass vom Stadtrat vor allem auch die Frenkenbündten-Halle inkl. der neuen Vereinsküche vermehrt angeboten werden sollte.

Hansrudolf Schafroth (SVP) legt dar, dass der Engelsaal ein wichtiges Lokal für kommunale Anlässe sei, welcher im damaligen Zeitpunkt auch Dank der Initiative der Stadt realisiert werden konnte. Der GPK-Bericht zeigt auf, dass die damaligen Personen und Entscheidungsträger richtig gehandelt und entschieden hatten. Sicher würden diese mit dem heutigen Wissen auch das Eine oder Andere anders machen. Der GPK wird für den ausführlichen und aufschlussreichen Bericht gedankt. Seine Fraktion wird dem GPK-Antrag zustimmen.

Meret Kaufmann (GL) findet es gut, dass die alte Engelsaal-Geschichte von der GPK nochmals aufgerollt wurde. Auch die Grüne Fraktion hofft, dass sich der Stadtrat den Empfehlungen der GPK annehmen wird. In diesem Sinne wird ihre Fraktion auch dem GPK-Antrag zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) unterstreicht die Voten der Vorredner, denn es ist wichtig, dass von der GPK eine klärende Aufarbeitung vorgenommen wurde. Der volkswirtschaftliche Gewinn nach dem Niedergang des alten Hotels Engel ist klar vorhanden, wurden doch im Zusammenhang mit dem Neubau über 40 Mio. Franken investiert. Über die Höhe der Saalmieten und die Betreiber von Mietlokalitäten werden nicht nur in Liestal Diskussionen geführt. Jährlich sollen bis zu 17 Anfragen für die Engelsaalmiete eingehen, wobei 12 Saalmieten von der Stadt subventioniert werden. Dieser Parameter stimmt aktuell sicher noch, doch der Stadtrat müsste gegebenenfalls Anpassungen betreffend der Höhe und der Anzahl der subventionierten Engelsaalmieten vornehmen. Die FDP-Fraktion wird dem GPK-Antrag zustimmen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) sagt, ihre Fraktion habe den Bericht mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Die Auseinandersetzung mit dem Engelsaal habe gezeigt, dass doch noch immer Unzufriedenheiten betreffend dem Angebot für die Vereine bestehen, welche nicht selbst wirten dürfen. Klar bestehe auch das Angebot für die Miete der Frenkenbündten-Halle, doch ist deren Grösse und Ausstattung für Anlässe wie Konzerte usw. nicht

geeignet. Bei der anstehenden Sanierung dieser Halle sollte man gegebenenfalls auch diesbezüglich etwas machen.

Hanspeter Stoll (SP) ist als FIKO-Mitglied nicht zufrieden mit dem GPK-Bericht, wurden doch in der FIKO-Beratung ganz andere Fragen thematisiert: Wer hatte die Verträge im Jahre 2010 neu gemacht bzw. weshalb sind die Mietkosten angestiegen? Wer zahlt, wenn beispielsweise das Dach zusammenfällt? Diese Fragen konnten schon in der FIKO nicht abschliessend beantwortet werden und bleiben auch nach Vorliegen des GPK-Berichtes unbeantwortet. Die Verträge sind von einem ehemaligen Stadtrat gemacht worden und es ist nach wie vor unklar, inwieweit dieser in die ganze Geschichte involviert war. Bedauerlicherweise ist der FIKO-Präsident nicht mehr an der heutigen Sitzung präsent, denn von diesem müsste eigentlich die Erklärung abgegeben werden, dass die von der FIKO thematisierten Fragen auch nach Vorliegen des GPK-Berichtes nicht geklärt sind.

Pascal Porchet (FDP) kann sich mit den Aussagen und Vorwürfen seines Vorredners an die Adresse der GPK nicht einverstanden erklären. Die SP sollte nun einmal ihre Hausaufgaben in den Kommissionen machen. Regula Nebiker hatte vorgängig erklärt, dass sie mit der FIKO-Arbeit nicht zufrieden sei und nun äussert sich auch noch Hanspeter Stoll dahingehend, dass die GPK die Fragen der FIKO nicht zur Zufriedenheit beantwortet habe. Solche Feststellungen und Fragen sollten in der SP-Fraktion zusammen mit ihren Kommissionsvertretern intern geklärt werden, damit diese dann auch kommissionsintern thematisiert werden können. Alle von den GPK-Mitgliedern gestellten Fragen wurden vom Stadtrat und der Verwaltung zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet.

Stadtrat Lukas Ott hält fest, dass es für den Stadtrat durchaus nachvollziehbar ist, dass von der GPK gewisse Punkte der bisherigen Engelsaal-Geschichte aufgearbeitet wurden. Wirklich neue Erkenntnisse für den Stadtrat sind auch bei Vorliegen des GPK-Berichtes nicht zum Vorschein gekommen. Betreffend den Mietgebühren wird anschliessend noch die Stadtpräsidentin Stellung nehmen, da diese betreffend den Gebühren-Fragen verantwortlich zeichnet. Unter Berücksichtigung der Geschichte und Ereignisse sowie den von der EKG Hotel AG getätigten Investitionen müssen auch die heutigen Mietgebühren richtig eingeordnet werden. Die Stadt übernimmt jährlich 12 x die Engelsaal-Mieten zu Gunsten der Vereine, was auch etwa den jährlichen Bedarf der Vereine abdeckt. Für diejenigen Vereine, welche die Engelsaal-Mietbedingungen unbefriedigend sind, steht optional die Frenkenbündtenhalle mit der neu installierten Vereinsküche zur Verfügung. Die Empfehlungen der GPK werden vom Stadtrat entgegengenommen und von diesem versucht, diesbezüglich befriedigende Antworten zu finden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, als Departementsvorsteherin Recht/Sicherheit zeichne sie auch für das Belegungswesen verantwortlich. Mit dem Engel-Hotelier finden regelmässig Gespräche und Verhandlungen statt. Die letzte Mieterhöhung ist vom Hotelier begründet sowie anschliessend vom Stadtbauamt überprüft worden. Der Stadtrat ist froh darüber, dass die Ortsvereine den Engelsaal nutzen und mit ihren Veranstaltungen an Ort bleiben.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird mit grossem Mehr gegen 1 Gegen-Stimme zugestimmt, vom GPK-Bericht mit den Empfehlungen sowie Verbesserungsvorschlägen wird Kenntnis genommen und der Stadtrat mit weiteren Abklärungen beauftragt.

211 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Berichte des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Sanierung Stufenpumpwerk Burg (Nr. 2010/126, Nr. 2010/126a)

Matthias Zimmermann (SP) nimmt als Kommissionspräsident Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/126a und entschuldigt sich dafür, dass sich im Bericht der Druckfehlerteufel betreffend dem GPK-Kürzel eingeschlichen hat. Die Fragen der BPK konnten vom zuständigen Departement rasch und abschliessend beantwortet werden, weshalb der Kommissionsbericht auch schon innert kurzer Zeit dem Einwohnerrat vorgelegt werden konnte.

Stadträtin Marion Schafroth sagt, sie habe betreffend dem BPK-Bericht keine Ergänzungen anzubringen.

Hanspeter Zumsteg (GL) weist darauf hin, dass die beiden Vorlagen betreffend dem Geschäft klar und übersichtlich ausgeschafft wurden. Beim BPK-Augenschein vom 11. Oktober 2010 konnte sich die Kommission davon überzeugen, dass die Anlage sauber und gut gewartet ist. Obwohl schon einige Teile in die Jahre gekommen sind, sollte der pragmatische Weg eingeschlagen und nur dort investiert werden, wo es auch zu wirklichen Verbesserungen beiträgt. Weil alle Pumpen einen hohen Energieverbrauch haben, sollte ein Augenmerk darauf geworfen werden, dass dem bestmöglichen Wirkungsgrad die höchste Priorität eingeräumt wird. Denn darin liegt ein beachtliches Potenzial an Strom- und Geldsparen. Die Grüne Fraktion wird dem BPK-Antrag zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) erklärt stellvertretend für BPK-Mitglied Hanspeter Meyer, dass es sich um eine gute Vorlage handelt. Die SVP-Fraktion wird einstimmig den BPK-Antrag unterstützen.

Lorenz Rudin (FDP) sagt, beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um ein ausgewogenes und sehr gut durchdachtes Projekt. Mit dieser Investition kann das Stufenpumpwerk auf den neuesten technischen Stand gebracht und die aktuellen Bedürfnisse im Zusammenhang mit der Wasserversorgung Liestal erfüllt werden. Die FDP-Fraktion wird den BPK-Antrag unterstützen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, seine Fraktion werde dem BPK-Antrag ebenfalls zustimmen.

Franz Kaufmann (SP) informiert, die SP-Fraktion werde dem BPK-Antrag zustimmen.

Stadträtin Marion Schafroth dankt dem Rat für die lobenden und zustimmenden Voten sowie der BPK für die rasche Behandlung der Vorlage. Die Empfehlungen von Hanspeter Zumsteg (GL) an den Stadtrat werden von ihr zustimmend zur Kenntnis genommen. Auch die Bauten und Installationen der Wasserversorgung wurden bei einer bereits durchgeführten Energiespar-Analyse mit einbezogen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Den Anträgen der Bau- und Planungskommission und des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt und für die anstehenden Unterhaltsarbeiten ein Investitionskredit von CHF 230'000.- (exkl. Mwst) zulasten Konto 700.503.10 freigegeben.

212 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Motion der CVP/EVP/GLP-Fraktion, FDP-Fraktion, Grünen Fraktion, SP-Fraktion und SVP-Fraktion betreffend Sanierung des Energieverbrauchs (Energiespar-Motion) der Stadt Liestal (Nr. 2010/134)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Motion

Senkung des Energieverbrauchs der Stadt Liestal (Energiesparmotion)

Die Auszeichnung Liestals mit dem Energiestadt-Label im Jahr 2008 ist erfreulich, doch konkrete, wirksame Massnahmen, die in Liestal tatsächlich zu einer Reduktion des Energieverbrauchs geführt hätten oder dies auch nur ernsthaft anstreben, sind bis heute kaum erkennbar.

Im GPK-Bericht zum Amtsbericht 2009 verweist der Stadtrat auf die Folgen des Wegfalls von Stellenprozenten. "Die Umsetzung der Massnahmen wird sich für die nächsten Jahre verzögern. Auf der Verwaltung sind die Ressourcen für die Energiestadt sehr bescheiden". Weiter schreibt er im Amtsbericht 2009: "Der Energieverbrauch der Liegenschaften bewegt sich seit Jahren im gleichen Rahmen."

Was einzig zählt, sind die erreichten Energieverbrauchszahlen aufgrund einer sorgfältigen, mehrjährigen Energiestatistik. Die Weltklimakonferenz 2007 fordert in der Roadmap bis im Jahr 2020 eine CO2-Reduktion von 25-40%. Gemäss weiteren Studien (u.a. Bundesamt für Energie) muss der Energieverbrauch in den nächsten 20 Jahren um mindestens 40% reduziert werden, um die drohende Klimaänderung wirksam begrenzen zu können.

Liestal als Energiestadt soll sich energiepolitisch konsequent positionieren!

Das Ziel dieses Vorstosses ist die nachweisliche Senkung des Gesamtenergieverbrauchs der Verwaltung der Stadt Liestal.
Dazu soll in einem ersten Schritt eine einfache, übersichtliche und klimakorrigierte Energiestatistik erstellt werden.
In einem zweiten Schritt soll die Stadt ein Energiekonzept mit Massnahmenplan erstellen. Dabei sind die Massnahmen in der Reihenfolge des besten Kosten-/Wirkungsverhältnisses zu ergreifen.

Der Stadtrat wird beauftragt:

1. ***eine einfache, übersichtliche und klimakorrigierte Energiestatistik zu erstellen, zu führen und jährlich zu publizieren.***

2. ***dem Einwohnerrat ein Energiesparkonzept mit terminiertem Massnahmenplan inklusive Kostenfolgen zu unterbreiten, wie der Energieverbrauch im Zeitraum der nächsten 10 Jahre substantiell im oben genannten Sinn gesenkt werden kann. Dieser Massnahmenplan ist mit den strategischen Zielen des Entwicklungsplans und den damit verbundenen Kosten und Investitionen abzustimmen.***

Liestal, den 13. September 2010

Für die Fraktionen

CVP/EVP/GLP	***FDP***	***Grüne***	***SP***	***SVP***
Gerhard Schafroth	*Pascal Porchet*	*Hanspeter Zumsteg*	*Matthias Zimmermann*	*Hanspeter Meyer*

* * * * *

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) legt dar, dass die Energiespar-Motion von allen Fraktionen des Einwohnerrates unterzeichnet wurde. Angesichts der vorgerückten Stunde werden die Fraktionssprecher gebeten, ihre Voten möglichst kurz zu halten, da die Überweisung dieses Vorstosses an den Stadtrat wohl unbestritten sein dürfte.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass von Stadtrat Ruedi Riesen im Zusammenhang mit dem letzten Amtsbericht auf eine Frage aus dem Rat die Aussage gemacht wurde, dass der Strom- und Energieverbrauch der stadteigenen Liegenschaften erfasst und zusammengetragen werden müsse, bevor man diesbezüglich genauere Angaben machen könne. Die Frage aus der FIKO an den Finanzchef, was denn die Stadt Liestal das Energiestadt-Label koste, konnte von diesem nicht beantwortet werden. Das heisst doch nichts anderes, als dass die Stadt Liestal als Energiestadt nicht weiss, was das Label bringt bzw. was es kostet. Die von ihm lancierte Motion ist von allen Fraktionen unterzeichnet worden und soll nun diesbezügliche Fragen klären.

Stadtrat Peter Rohrbach erwähnt die Seite 108 betreffend der Energiekommission-Sitzungsgelder sowie die Seite 117 betreffend dem Energiestadt-Label im aktuellen Entwicklungsplan 2011-2015. Es entziehe sich seiner Kenntnis, dass er angeblich an einer FIKO-Sitzung keine diesbezüglichen Angaben hätte machen können.

Hanspeter Zumsteg (GL) freut es, dass im Zusammenhang mit der Energiespar-Motion alle Parteien am gleichen Strick ziehen. Energiesparmassnahmen drängen sich auf, wenn den Nachkommen eine lebenswerte Zukunft ermöglicht werden soll. Das Ziel einer massiven CO2-Reduktion kann nur erreicht werden, wenn heute und jetzt damit begonnen wird und für künftige Entscheidungsfindungen auch übersichtliche Energiestatistiken vorliegen. Zur Motivation der Einwohnerschaft ist es wichtig, dass diese auch regelmässig über die Statistik mit den Bemühungen und den erreichten Resultaten informiert wird. Zentral ist aber ein griffiger und gut terminierter Massnahmenplan, welcher klar aufzeigt, wo mit dem besten finanziellen Einsatz am meisten Energie eingespart werden kann. Ein solcher Massnahmenplan könnte folgende Punkte umfassen: Bedarfsgerechtes Heizen, Lüften und Beleuchten; Plombieren von Raumthermostaten auf 20°; Anweisung und Ausbildung von zuständigen Personen in den Schulen; Ersatz von Geräten und Fahrzeugen durch solche mit der besten Energieverbrauchsklasse; Gebäude- und Anlagensanierungen; automatische Steuerung von Heizung und Beleuchtung mit Anwesenheitssensoren sowie Schaltuhren; Prüfung von möglichen Anlagen- und Energiespar-Contracting durch Privatfirmen usw. Die Grüne Fraktion erwartet, dass der Stadtrat die breit abgestützte Motion unter Einbezug der Energiekommission mit sehr grosser Priorität behandeln und umsetzen wird.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, seine Fraktion habe die Motion ebenfalls aus den soeben erwähnten Motivationsgründen unterstützt und unterschrieben. Folgende wesentlichen Punkte seiner Fraktion sollten aber berücksichtigt werden: Die mit der Motion verlangte, einfache, übersichtliche und klimakorrigierte Energiestatistik soll durch betriebs- und verwaltungsinterne Leute erstellt werden. Wichtig ist aber auch, dass der Massnahmenplan mit den strategischen Zielen des Entwicklungsplanes und den damit verbundenen Kosten sowie Investitionen abgestimmt ist. Wie immer die Auswertung auch aussehen wird, die zu treffenden Massnahmen müssen sich auf jeden Fall innerhalb dieser Parameter bewegen.

Matthias Zimmermann (SP) hält fest, seine Fraktion sei stolz darauf und erfreut darüber, dass das Thema Energiesparmassnahmen nun doch zu einem allgemeinen Anliegen geworden ist, welches von allen Parteien getragen wird. Die verlangten Unterlagen dürfen durchaus etwas kosten, sollen Qualität haben und dann auch die entsprechenden Resultate bringen. Die Energiesparmotion ist auch eine Frage der Solidarität mit den kommenden Generationen und anderen Leuten auf dieser Welt, welchen es nicht so gut geht, wie uns.

John Brunner (SVP) meint, eine Reduktion der Energiekosten, wo machbar, sei nicht nur erstrebenswert, sondern ein Muss. Seine Fraktion ist ebenfalls für die Überweisung der Motion an den Stadtrat, denn das sei eine Frage der Vernunft und nicht der politischen Gesinnung.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, der Stadtrat müsse den Vorstoss wohl mit fliegenden Fahnen übernehmen. Er hofft natürlich, dass man die Ehrlichkeit der Motionäre auch bei der bevorstehenden Beratung des Voranschlages und des Entwicklungsplanes spüren werde. Der Rat hatte für die Jahre 2007 bis 2009 dem Stadtbauamt eine 20%-Stelle für die Energiestadt Liestal gewährt. Seit September 2009 stehen dafür aber keine personellen Ressourcen mehr zur Verfügung. Es ist für ihn deshalb schwer nachvollziehbar, wie man die Motion gemäss Vorschlag der FDP-Fraktion ohne externe Unterstützung mit den vorhandenen eigenen Ressourcen erfüllen solle. Betreffend der Unterstellung von Gerhard Schafroth sei festgehalten, dass er ehrlicherweise dem Rat mitgeteilt habe, dass er aus dem hohlen Bauch heraus die Frage betreffend den Energiesparkosten-Einsparungen nicht beantworten könne. Diese Daten werden aber von der Abteilung Hochbau seit längerer Zeit erfasst und sind somit auch bekannt. Diese Zahlen sind beispielsweise auch in der BPK vorgestellt und erörtert worden. Das Stadtbauamt würde für den Bereich Energiestadt auch mehr tun, müsste aber auch die dafür nötigen Stellenprozente erhalten.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Energiespar-Motion an den Stadtrat überwiesen.

213 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Fragestunde

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass das Ratsbüro an seiner Sitzung vom 16. September 2010 verschiedene Massnahmen zur Straffung des Ratsbetriebes beschlossen hatte. So werden an der heutigen Ratssitzung erstmals die schriftlich eingegangenen Fragen vom Vize-Einwohnerratspräsidenten verlesen.

1. Frage / Beat Gränicher (SVP) betr. Parkplätzen während Manor-Neubau
Sind während der Bauzeit im Bücheli Alternativen für wegfallende Parkplätze möglich? Habe diese Frage schon am 18. August 2005 gestellt und als Antwort erhalten: Der Stadtrat macht sein Möglichstes und Projekte werden erarbeitet. Man kann mir also nicht vorwerfen, ich hätte keine Geduld.
Stadtrat Ruedi Riesen: Alle müssen etwas Geduld haben. Rund 100 Parkplätze wurden beim Konrad Peter-Areal und 6 Parkplätze an der Kasernenstrasse erstellt. Während der Wintermonate stehen ca. 16 Parkplätze zusätzlich zur Verfügung. Weitere Gespräche und Verhandlungen betreffend zusätzlichen Parkplätzen werden von der Stadtpräsidentin mit einem Eigentümer neben dem Manor-Gebäude geführt. Zwischenzeitlich weiss man auch, dass die Manor-Bauplatzinstallation mehr an Platz bedarf, als man ursprünglich angenommen hatte.

2. Frage / Corinne Ruesch (GL) betr. Einmündung in Gerberstrasse/Rebgasse
Die Einmündung Meyer-Wiggli-Strasse in die Gerberstrasse/Rebgasse ist insbesondere seit dem Gegenverkehr in der Meyer-Wiggli-Strasse sowohl für AutofahrerInnen wie auch für die FussgängerInnen sehr unübersichtlich, da nicht von allen Trottoir-Ecken die ganze Strasse überblickt werden kann und auch die steile Einmündung des Schleifewuhrweges - die zu rasantem Einbiegen verlockt - im Blick behalten werden muss. Kann sich der Stadtrat vorstellen, z.B. mit einer Schwelle, etwas für die erhöhte Sicherheit an dieser Stelle zu unternehmen?
Stadtrat Ruedi Riesen: Die Einmündung liegt in der Begegnungszone und eine gegenseitige Rücksichtnahme ist nötig. Abklärungen des Stadtbauamtes und der Stadtpolizei haben ergeben, dass keine weiteren Massnahmen notwendig sind.

3. Frage / Michael Bischof (FDP) betr. Barriere Schwieri
Die frühere Barriere beim Schwieri war mit senkrechten Drähten und einem leichten abschliessenden Metallbalken auf ca. 30 cm Höhe bestückt. Damit war gewährleistet, dass Kleinkinder eher davor geschützt waren, unter der Barriere durch auf das Bahngeleise zu schlüpfen. Die neue Barriere hat nur senkrechte, lose schwingende Drähte, bei welchen Kleinkinder fast ungehindert unter der Barriere durch schlüpfen können. Wie äussert sich der Stadtrat dazu und wäre er bereit, bei der SBB entsprechend zu intervenieren?
Stadtrat Ruedi Riesen: Diese Frage kann vom Stadtbauamt nicht beantwortet werden. Das Stadtbauamt wird die Frage an die SBB zur Klärung und Beantwortung weiterleiten.

4. Frage / Michael Bischof (FDP) betr. Wasserturmplatz: Töpfe anstatt Fahrbahnmarkierung
Die grossen braunen Töpfe vor dem Törli waren im Projekt als kleine weisse Punkte im Sinne einer "Fahrbahnmarkierung" eingetragen. In der jetzigen Grösse stellen die Töpfe eine massive Sichtbehinderung für Fussgänger und den fahrenden Verkehr dar. Sind diese Töpfe sakrosankt?
Stadtrat Ruedi Riesen: Die Töpfe dienen nicht zur Fahrbahnabgrenzung, sondern auch für die Abgrenzung zur Gartenbeiz. Die silbernen Knöpfe zur Fahrbahnabgrenzung dürften hingegen auf der Strassen-Gegenseite genügen. Die Pflanzentröge waren immer Bestandteil des Gestaltungsprojektes. Die Situation ist kürzlich auch mit der Kantonspolizei nochmals überprüft worden. Der Platz liegt in der Begegnungszone und doch gibt es Automobilisten, welche den Platz rasant überqueren. Die Polizei wird dort künftig vermehrt intervenieren.

5. Frage / Michael Bischof (FDP) betr. Wasserturmplatz: Überwinterung Gartenbeiz-Möbel
Bleiben die zugedeckten Gartenbeiz-Möbel auf dem öffentlichen Grund vor dem Törli den ganzen Winter durch dort stehen?
Stadtrat Ruedi Riesen: Die Bewilligung für die Gartenbeiz wird befristet von April bis Ende November erteilt.

6. Frage / Michael Bischof (FDP) betr. Wasserturmplatz: Töpfe, Buchsbaumzünsler
Wer bewirtschaftet die Töpfe, welche die Gartenbeiz vom rollenden Verkehr abtrennen und was unternimmt man, um dem Buchsbaumzünsler (im Winterschlaf) im nächsten Frühjahr zu begegnen?
Stadträtin Marion Schafroth: Die ersten zwei Jahre zeichnet die Gartenbau-Firma Buser AG und anschliessend die Stadtgärtnerei für den Unterhalt verantwortlich. Bei einem Buchsbaumzünsler-Befall wäre ein Ablesen oder ein Abspritzen der Pflanzen nötig.

7. Frage / Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) betr. Gebäude-Raumtemperaturen
Spricht etwas dagegen, dass der Stadtrat dafür sorgt, dass ab sofort in allen Gebäuden der Stadt Liestal die Raumtemperatur im Winter auf maximal 21 Grad Celsius beschränkt wird?
Stadtrat Ruedi Riesen: Grundsätzlich gilt eine Temperatur von 21 Grad. Ausnahmen und Schwankungen sind möglich bei Gebäuden mit einem älteren Heizungssystem.

8. Frage / Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) betr. Homepage Liestal, ER-Dokumente
Ist der Stadtrat bereit, auf der Homepage von Liestal ein separates File einzurichten, von dem die jeweils aktuellen Dokumente der kommenden Sitzung des Einwohnerrates eingesehen oder herunter geladen werden können?
Stadtrat Peter Rohrbach: Die Vorlagen werden bereits heute, zusammen mit dem Versand, im Internet eingestellt. Es wird noch weiter abgeklärt, ob die Vorlagen künftig den Ratsmitgliedern zusätzlich noch per E-Mail zugestellt werden sollen.

9. Frage / Erika Eichenberger (GL) betr. Wasserturmplatz, Wartehäuschen-Provisorium
Beim Wasserturmplatz sind die wartenden ÖV-Benutzerinnen und –Benutzer Wind und Wetter ausgesetzt. Wäre es denkbar, dort über die Winterzeit ein provisorisches Wartehäuschen aufzustellen?
Stadtrat Ruedi Riesen: Nein, ein Provisorium ist nicht vorgesehen. Das Gebäude auf dem Wasserturmplatz wird im März 2011 erstellt und die Kosten für ein 3-monatiges Provisorium wären unverhältnismässig hoch.

10. Frage / Erika Eichenberger (GL) betr. Grüninsel bei Einfahrt Burgunderstr./Tiergartenstr.
Anwohner haben sich beschwert, dass die geplante Grüninsel auf Höhe der Einfahrt Burgunderstrasse in die Tiergartenstrasse nicht gebaut wurde. Diese war den Anwohnern offensichtlich bei der Begehung versprochen worden und sollte sicherstellen, dass die Autos auf Tempo 30 abbremsen, einerseits zur Entschärfung dieser Abzweigung, andererseits um die Einfahrt ins Siedlungsgebiet zu markieren. Warum wurde sie bisher nicht gebaut, obwohl sie im Bau- und Strassenlinienplan enthalten ist? Was ist stattdessen geplant?
Stadtrat Ruedi Riesen: Bei der Ausführung hatte sich gezeigt, dass die Insel aus Verkehrssicherheitsgründen bzw. der Kuppe und den Höhenunterschieden mit fehlender Sicht nicht möglich ist. Das Erstellen einer Grüninsel wurde nicht versprochen, sondern nur die Prüfung einer solchen in Aussicht gestellt. Neu wird der Rechtsvortritt so markiert, wie dies auch bei anderen Einmündungen in Tempo 30-Zonen der Fall ist.

11. Frage / Erika Eichenberger (GL) betr. Abzweiger für Velos zur Schauenburgerhalle
Der Abzweiger für Velos von der Rheinstrasse zur Schauenburgerhalle ist in mancher Hinsicht unbefriedigend. Entspricht die jetzige Lösung dem Massnahmenplan Velorouten? Wie ist der diesbezügliche Austausch Stadt/Kanton sichergestellt?
Stadtrat Ruedi Riesen: Das Stadtbauamt ist mit dem Kanton im Gespräch, doch ist die kantonale Fachstelle momentan personell nicht besetzt. Auch das Tiefbauamt bekundet Mühe

mit der Situation bzw. dem Kreisel. Auch die Stadt befriedigt die Lösung nicht und es sind weitere Abklärungen sowie Gespräche nötig.

12. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Friedhof: Ort der Ruhe und Stille
Der Durchgang durch den Friedhof wird häufig durch Velofahrer, Schülergruppierungen als Abkürzung benutzt, obwohl die normalen Wege nicht weit entfernt sind. Bei Beerdigungen wirken solche Gruppierungen, die wenig Rücksicht auf Leidtragende nehmen, sehr störend. Der Friedhof ist wohl ein öffentlicher Raum und doch sollte dem Ort Respekt gezollt werden. Was kann hier die Stadt unternehmen, damit der Friedhof nicht als öffentliche Durchfahrt respektive Durchgang benutzt wird?
Stadträtin Marion Schafroth: Der Friedhofgärtner und die Mitarbeiter der Betriebe sprechen solche Leute darauf an. Erfahrungsgemäss wird bei Beerdigungen auf die Trauergemeinde Rücksicht genommen.

13. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Turnhallenbenutzungen, ausserordentlich
Eine spontane kurzfristige Mietung einer Turnhalle zum Beispiel an einem Samstagnachmittag für einen Jungschar-Event ist in Liestal ein Ding der Unmöglichkeit. Zuviele Hürden sind zu bewältigen. Wie wird der Ablauf und die Zuständigkeiten für eine ausserordentliche Turnhallenbenützung sein, wenn die Schulhäuser teils dem Kanton und der Stadt gehören?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Benützungsgesuch können auch per Mail der Stadt „raumbewirtschaftung@liestal.bl.ch" gesendet werden. Kurzfristige Reservationen, das heisst 1 Monat vor dem gewünschten Datum, sind wegen der starken Auslastung meist nicht möglich.

14. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Bahnübergang Schwieri, Sitzbank
Seite Schwieri vor dem Bahnübergang Richtung Stedtli war immer eine Sitzbank aufgestellt. Diese Bank war vor allem auch für ältere Personen, die von den Alterswohnungen vom Nuglarweg her kommen, eine willkommene Sitzgelegenheit. Wird diese Bank wieder aufgestellt?
Stadtrat Marion Schafroth: Ja, die Sitzbank wird nach Abschluss der letzten Zaun-Arbeiten wieder montiert.

15. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/CVP/GLP) betr. Fussweg zum Kreuzbodenweg
Am Ende des Bahnhofs (Nähe der Kantonsbibliothek) gibt es einen Fussweg in Richtung Kreuzbodenweg. Beim Einbiegen vom Bahnhof her in den Floraweg fehlt eine Rampe für Kinderwagen, Gehbehinderte, etc. Weiter endet dieser Fussweg vor der Finanzdirektion und die Fussgänger sind gezwungen auf die Rheinstrasse über den Parkplatz nach vorne zu gehen. Es wäre meiner Meinung nach ein leichtes, den Weg hinter der Finanzdirektion weiter zum Kreuzboden in den bestehenden Fussweg einfliessen zu lassen. Dann könnte der Weg nach vorne zur Rheinstrasse gemieden werden. Ist hier der Kanton oder die Stadt zuständig und könnte dies allenfalls noch bei der pendenten Problemstellung Fussgängeranalyse aufgenommen werden?
Stadtrat Ruedi Riesen: Die Frage kann nicht abschliessend beantwortet werden, da die diesbezüglichen Abklärungen mit dem Kanton innert Kürze nicht möglich waren. Die Frage bzw. der Lösungsvorschlag wird aber vom Stadtbauamt im Zusammenhang mit der Arealüberbauung des QP 1 zusammen mit dem Kanton geprüft.

16. Frage / Pascal Porchet (FDP) betr. Talacherstrasse und Burgunderstrasse, Übergabe
Wann werden die neuen Strassen oberhalb des Gymnasiums (Talacher- und Burgunderstrasse) dem Verkehr übergeben?
Stadtrat Ruedi Riesen: Bei den vorgängigen stadträtlichen Mitteilungen hatte er einige Falschaussagen gemacht, welche er an dieser Stelle berichtigen möchte. Die Verzögerungen der Bauarbeiten sind darauf zurückzuführen, dass die Strasse wegen Bau- und Installationsarbeiten eines Privateigentümers nicht genutzt werden konnte. Grundsätzlich ist die Strasse offen. Leider kann die Befahrbarkeit der Strasse erst im nächsten „Liestal aktuell" publiziert werden.

17. Frage / Pascal Porchet (FDP) betr. Verkehrssignalisierung, Verkehrsfluss von Sichtern
Wird die Verkehrssignalisierung so aussehen, dass der Verkehrsfluss von der Sichtern über die beiden Strassen abfliesst und nicht wie bisher über die schmale Bodenackerstrasse?
Stadtrat Ruedi Riesen: Ja, der Verkehr wird von Tiergartenstrasse über die Talacherstrasse zur Sichternstrasse geleitet.

18. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Wiederaufforstung von Parz. 1112, Fraumattstr.
An der Fraumattstrasse wurde kürzlich die verwaldete Parzelle 1112 durchforstet. Dabei wurde auch ein Teil der als Wald ausgeschiedenen Parzelle ganz gerodet. Wird dieser Teil nach Fertigstellung der H2 wieder aufgeforstet?
Stadtrat Ruedi Riesen: Die Rodung wurde durch das kantonale Forstamt vorgenommen. Die Arbeiten wurden aus folgenden Gründen ausgeführt: Verbesserung der Verkehrssicherheit entlang der Fraumattstrasse wegen herabfallenden Ästen usw. Gewährleistung von gesundem Bewuchs durch vermehrtes Licht. Platz wird für Bauplatzinstallation der H2 beansprucht, doch wird dieser nach Abschluss der H2-Arbeiten wieder aufgeforstet.

19. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Verkehrsbüro
Bei der Eröffnung des Verkehrsbüros im Buchantikuariat Poete-Näscht wurde von der Stadt Liestal in Aussicht gestellt, dass das Verkehrsbüro auch finanziell mitgetragen würde. Seit dieser mündlichen Zusage im Jahre 2007 hat man bis heute nichts mehr gehört. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Sie selbst ist diesbezüglich im Gespräch mit Herrn Graf. Auf anfangs nächsten Jahres wurde bereits eine weitere Besprechung terminiert. Zu diesem Gespräch ist auch der neue Präsident des Verkehrs- und Verschönerungsvereins Liestal eingeladen. Bei diesem Gespräch wird die Zukunft und Zusammenarbeit thematisiert. Im Voranschlag 2011 sind keine finanziellen Mittel für das Verkehrsbüro eingestellt.

20. Frage / Meret Kaufmann (GL) betr. Fussgängerstreifen Wiedenhubstr./Sichternstr.
Ist es richtig, dass die Fussgängerstreifen an der Kreuzung Wiedenhubstrasse/Sichternstrasse aufgehoben werden?
Stadtrat Ruedi Riesen: Ja, eigentlich sollten diese Fussgängerstreifen gemäss Kantonspolizei aufgehoben werden. Man wehre sich aber beharrlich gegen die Aufhebung dieser Fussgängerstreifen, da die Problematik der fehlenden Verkehrssicherheit auch schon im Einwohnerrat thematisiert wurde.

21. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) betr. Fussgänger-/Veloweg an Ergolz
Wann wird der Fussgänger- und Veloweg an der Ergolz, der von der Weiermattbrücke bis zum Kantonsspital geht, wieder frei gegeben?
Stadtrat Ruedi Riesen: Dies wird nach Abschluss der Bauarbeiten im Jahre 2012 passieren.

22. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) betr. Platz für Jugendliche
Wo sieht der Stadtrat in Liestal am ehesten einen Platz, wo sich die Jugendlichen aufhalten können, ohne dass sich die Erwachsenen daran stören, oder sie gar vertrieben werden?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Jugendlichen sind ein Teil unserer Gesellschaft und es ist nicht vorgesehen, ihnen Plätze zuzuweisen, wo sie sich aufhalten müssen. Sie sollen sich dort aufhalten, wo es ihnen wohl ist und sollen dort auch nicht fortgeschickt werden. Es ist ein Geben und ein Nehmen und schliesslich gibt es auch Verhaltensspielregeln. Es ist nicht vorgesehen, für die Jugendlichen nebst den Plätzen, wo sie sich aufhalten, wie beispielsweise bei den Sportplätzen, im Schwimmbad, in der Allee, bei den Schulhausplätzen usw. weitere Plätze zuzuweisen, wo sie sich aufhalten müssen.

23. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) betr. Bordell
Seit kurzem befindet sich unmittelbar vor unserem Quartier ein Bordell. In den Medien hiess es, dieses Bordell befinde sich in einer Industriezone. Weiss der Stadtrat, dass an diesem Bordell ein Schul- und Veloweg vorbeiführt, vor allem auch für die Kinder, die neu in Fren-

kendorf die Schule besuchen? Dass sich gegenüber dieses Bordells ein Spital (Ergolzklinik), eine Kunsthandwerkstatt für Randständige befindet und in der Nähe ein Quartier-Treffpunkt geplant ist?
Stadtrat Ruedi Riesen: Für das neue Bordell hätte die Bauherrschaft keine Baubewilligung erhalten, wäre dies nicht zonenkonform. Es wurden zwei Parkplätze mehr gebaut, als gemäss Parkplatznachweis nötig gewesen wären. Gesellschaftspolitisch möchte er ergänzend anfügen, dass er lieber ein gutes Puff in Liestal habe als beispielsweise einen Strassenstrich an der Rheinstrasse. In baupolizeilicher Hinsicht ist das Baugesuchsverfahren abgeschlossen.

24. Frage / Lorenz Rudin (FDP) betr. Miete von Räumlichkeiten der Stadt Liestal
Für einen Anlass habe ich für meinen Arbeitgeber eine Räumlichkeit der Stadt Liestal gemietet. Während der Durchführung des Anlasses traf um 20.00 h die Stadtmusik Liestal zu ihrer wöchentlichen Probe ein. Sowohl für uns war dieser Umstand ärgerlich, mussten wir doch unsere Gäste nach dem Schluss der Veranstaltung fast hinauswerfen, während die Stadtmusik warten musste, bis die Bestuhlung, Tontechnik, Bühne etc. durch uns abgeräumt war. Ist es üblich, dass Räumlichkeiten welche normalerweise wöchentlich durch einen Verein belegt sind, anderweitig vermietet werden? Falls ja, wie, durch wen und wieviel vorzeitig werden die betroffenen Vereine darüber informiert? Wird durch die Stadt den Vereinen alternative Räume oder ein anderer Wochentag im selben Raum offeriert?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Sekretariat der Stadtmusik ist von der Verwaltung mit Mail vom 20.10.2010 über die Belegung vom 04.11.2010 informiert worden. Das Mail der Stadt ist vermutlich nicht weitergeleitet worden. Das Passierte wird bedauert, kann aber nicht auf einen Fehler der Stadt zurückgeführt werden. Der Stadtmusik können keine alternativen Lokalitäten für deren Proben zur Verfügung gestellt werden.

25. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Schaukasten Bürgergemeinde, Vandalenakt
Konnten die Vandalen des Schaukastens der Bürgergemeinde beim Rathauseingang ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden? Wenn nein, wie will der Stadtrat diesem Vandalismus begegnen?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Es wurde umgehend Strafanzeige gegen Unbekannt eingereicht. Vandalenakte im oder vor dem Rathaus kommen sehr selten vor, weshalb man die Installation einer Videoanlage zur Überwachung nicht in Betracht ziehe.

26. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Gefahrenschilder auf Büchelistr.-Trottoir
Wozu dienen die Gefahrenschilder auf den sonst schon schmalen Trottoirs an der Büchelistrasse und dies erst noch in der verbotenen Fahrtrichtung Gestadeck - Törli?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Schilder weisen auf die Bautätigkeit hin. Versuchsweise möchte man ausprobieren, ob diese so aufgestellt werden können, ohne dass damit der Fussgänger- oder Autoverkehr behindert wird.

27. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Jugendkomm.: Kirchgemeinde-Vertretung
Welche Kirchgemeinden sind in der Jugendkommission und in welchem Umfang vertreten?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Seit der Demission der reformierten Kirchgemeinde sind die Kirchen in der Jugendkommission nicht mehr vertreten, da auch von der katholischen Kirchgemeinde niemand für die Mitarbeit in der Jugendkommission zur Verfügung gestellt werden konnte.

28. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Girlanden-Anschaffung für Rathaus
Mit welchen Kosten ist für die Anschaffung einer zusätzlichen Girlande für das Rathaus - im Sinne eines einheitlichen Auftritts - zu rechnen?
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Mit der Girlande ist wohl die Weihnachtsbeleuchtung beim Büro der Stadtpräsidentin gemeint. Sämtliches Material ist ihr Privateigentum und nur der Strom für die Beleuchtung wird von der Stadt geliefert. Eine Erweiterung der weihnächtlichen Dekoration ist nicht vorgesehen.

29. Frage/ M. Zimmermann (SP) betr. Professionelles Stadt-/Standortentwicklungsprogramm
Vor einem Jahr hat der Einwohnerrat dem Stadtrat, beantragt von der BPK, den Auftrag erteilt, dem Entwicklungsplan vom kommenden Jahr 2012-2016 ein professionelles Stadt- und Standortentwicklungsprogramm zu Grunde zu legen. Der Stadtrat hat also 2 Jahre Zeit. Laufen diese Arbeiten, wo stehen Sie?
Stadtrat Peter Rohrbach: Die Arbeiten laufen. Hinweisen möchte er darauf, dass einige Gemeinden schon viel Geld für Standortmarketing-Projekte ausgegeben haben. Im Voranschlag 2011 der Stadt Laufen ist ein Standortmarketing-Budgetbetrag gestrichen worden. Das Thema ist in Liestal noch nicht vom Tisch und wird vom Stadtrat im Zusammenhang mit der langfristigen Planung für die Jahre 2012-2016 thematisiert.

30. (mündliche) Frage / T. Eugster (FDP) betr. Fussgängerstreifen Arisdörfer-Kindergarten
Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um die Sicherheit der Kinder beim Überqueren des Fussgängerstreifens beim Arisdörfer-Kindergarten zu verbessern? Viele Autofahrer missachten das Vortrittsrecht unserer jüngsten Fussgänger, wodurch gefährliche Situationen entstehen können. Im Weiteren versperren immer wieder ungünstig, aber korrekt vor dem Fussgängerstreifen parkierte Autos die Sicht auf die Verkehrsteilnehmer.
Stadtpräsidentin Regula Gysin: Der Fussgängerstreifen ist auf einer Kantonsstrasse markiert und diesbezügliche Abklärungen müssen deshalb mit dem Kanton noch getroffen werden. Die Klärung der komplexen Frage benötigt mehr Zeit und kann deshalb an der heutigen Sitzung nicht beantwortet werden. Die stadträtliche Antwort wird dem Fragesteller noch schriftlich mitgeteilt.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass die 30 Fragen mit dem Verlesen durch den Vizepräsidenten Markus Meyer erfreulicherweise doch innert einer halben Stunde verlesen und auch beantwortet werden konnten.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Jürg Holinger

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann